



stimme

VON UND FÜR MINDERHEITEN

ZIELSCHEIBE ODER AUSHÄNGESCHILD?

Minderheiten in der neuen
politischen Konstellation

SANKTIONIERTE DEUTUNGEN

Der Regierung ist gelungen, was manche befürchtet haben: die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Sanktionen zu lenken und mit dem Geschwafel von „Schulter-schluss“ sowohl die eigene, vielfach problematische Innenpolitik auszublenken wie auch die unheilige schwarz-blaue Allianz als nationale Einheit zu vermarkten. Solange der Bundeskanzler und die Vizekanzlerin in den Medien über die feinen Unterschiede zwischen Beobachtung, Monitoring, Kuratel oder Tierversuch laut nachdenken, sind wir eine Nation. Die groben Unterschiede zwischen einer Regierung mit und einer ohne Frauenministerium, zwischen Sozialpolitik und Sozialabbau, zwischen den alten und neuen Posttarifen für Vereinszeitungen etc. fallen dann nicht mehr ins Gewicht.

Diese Strategie der Regierung findet eine akustische Verkörperung, wenn Vizekanzlerin Riess-Passer im Radio und Fernsehen Reden hält: Das rasende Tempo ihres verbalen Stakkatos entspricht jener Geschwindigkeit, mit der derzeit im Parlament Gesetze durchgedrückt werden. In den kaum wahrnehmbaren Pausen zwischen ihren Sätzen prägt sich den Zuhörenden nur ein Gestus ein: entschlossener Kampf für eine Sache, die ja die unsere sein muß, wenn die Vizekanzlerin so selbstsicher zu uns spricht. Die einzige Denkpause, die die Regierung und Susanne „Wir-lassen-uns-nicht-bremsen“ Riess-Passer der Öffentlichkeit gönnen, dient zur Herstellung einer fiktiven Einheit, hinter der weniger die Überzeugtheit der „Vereinten“ steht, als vielmehr deren Müdigkeit angesichts des angebotenen Tempos und der gebetsmühlenartigen Wiederholungen des Wortes „Wir Österreicher“. Aber auch die ach so beliebte Opfer-Rolle und das Feindbild „mächtige Andere“.

Es handelt sich hierbei um eine der unwahrhaftigsten, aber effizientesten Facetten der Realpolitik: die Hegemonie über (Be-)Deutung. Die Welt bedeutet, wie ich sie deute. Politik bedeutet zunächst Deutung der politischen Situa-

tion. Wenn ich „die Leute“ glauben machen kann, daß die EU-Vierzehn nicht die rassistischen Handlungen und Worte einer österreichischen Partei anprangern, sondern die humane Einstellung von „Uns Österreichern“ bemängeln, kann ich munter weiter regieren: indem ich sage, daß wir seit jeher ein humanes Volk sind, wenn's um Hilfsbedürftige geht, Applaus und Amen. Was hier sanktioniert wird, sind in Wirklichkeit andere Deutung von „Sanktionen“ (siehe auch das Unwort „Vernaderer“). Diese realpolitische Facette scheint die schwarz-blaue Koalition tadellos zu beherrschen.

Es nützt da auch nichts mehr, in Erinnerung zu rufen, daß es gar keine EU-Sanktionen gegen Österreich gibt! Was im Februar „verhängt“ wurde, sind diplomatische Einschränkungen auf bilateraler Ebene von seiten der 14 EU-Mitgliedsstaaten. Und diese wurden nicht gegen ein „rassistisches“ oder „inhumanes Österreich“ beschlossen, sondern gegen die Beteiligung der FPÖ an der Regierung. Damit sind die bilateralen Maßnahmen nicht Problem von „Uns Österreichern“, sondern der Koalition. Alle Regierungsmitglieder, insbesondere jene, die ihren von den Steuergeldern bezahlten Ministerialberuf bis jetzt bloß in der Ausübung eines „Kampfes gegen Sanktionen“ erfüllen – so etwa die Außenministerin –, wissen, daß es eine ganz unkomplizierte und rasche Möglichkeit gibt, die „Sanktionen“ loszuwerden: den Austritt der FPÖ aus der Regierung. Das weiß die Koalition nur zu gut. Daher ist es auch allzu verständlich, daß sie die Sache als nationale Angelegenheit deuten will.

Unverständlich bleibt aber, warum die Oppositionsparteien und die kritischen Medien diese simple, belegbare historische Wahrheit vergessen zu haben scheinen und warum sie auf der Anti-Sanktions-Welle mitreiten. Offensichtlich erliegen sie der Deutungshegemonie der Regierung, in der Hoffnung, an der nationalen Eintracht mitnaschen zu können. Die außerparla-

mentarische Opposition, die bilaterale Maßnahmen in deren geäußertem Kontext deutet, kämpft wiederum gegen das Problem, daß es kein Medium gibt, das ihrer Stimme zur öffentlichen Hörbarkeit verhilft. Sie saß/sitzt außerdem einem naiven Optimismus auf, der in den bilateralen Maßnahmen tatsächlich so etwas wie „europäische Werte“ erblicken will.

Die einzelnen Staaten stimmten den Februar-Maßnahmen deswegen flugs zu, weil sie selbst eine Be-Deutungshegemonie im europäischen Raum errichten wollen. Rassismus und Xenophobie stellen heute eines der größten Probleme in den europäischen Ländern dar. Und ihre Bekämpfung setzt eine mühsame, auf langfristige und vielschichtige politische Strategien aufbauende Politik voraus. Das wiederum wissen die Regierungen der EU-Vierzehn allzu gut. Daher deuteten sie die österreichische Situation allzu gern als eine unrühmliche „Ausnahme“, um die effektive Bekämpfung des Rassismus auf „leichte“ Weise an diesem Exempel demonstrieren zu können. Was naturgemäß fehlschlagen mußte und – wie die aktuellen Diskussionen innerhalb der EU-Vierzehn zeigen – fehlgeschlagen ist.

Die EU-Politik gegenüber den MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern bildet eine der Quellen der zusehends sichtbar werdenden Xenophobie. Diese Politik stellt aufgrund vieler ihrer Bestimmungen sogar selbst eine Form rassistischer Segregation dar.

Die außerparlamentarische Opposition (und ich adressiere diesen Wunsch insbesondere an die Minderheiten darin), die sich in der Zivilgesellschaft ansiedelt, hat die schwere Aufgabe, der Be-Deutungshegemonie sowohl der schwarz-blauen Koalition als auch der EU eigene Deutungen der politischen Situation entgegenzusetzen. Es ist an der Zeit, die derzeit klaffende Lücke zwischen Parlament und Straße als eigenen politischen Raum auszufüllen.

Hakan Gürses



Zielscheibe oder Aushängeschild?

Über die FPÖ-ÖVP-Regierung und die dadurch entstandene neue politische Konstellation ist seit Februar sehr viel geschrieben und gesagt worden. Von der Empörung abgesehen, die mit der Regierungsbeteiligung der Haider-Partei aufkam und in den sogenannten EU-14-Sanktionen sowie täglichen Demonstrationen kulminierte, wurden in Zeitungskommentaren und Diskussionsveranstaltungen zahlreiche, zumeist auch konträre Standpunkte geäußert. Diese reichten von der Unhaltbarkeit des rassistischen Koalitionspartners, gepaart mit „Wehret den Anfängen“-Rufen, über das Argument der „Repolitisierung“ des Landes und der nun anstehenden „Konfliktdemokratie“ bis hin zum Erwachen der Zivilgesellschaft in Österreich.

Was bedeutet aber die neue politische Konstellation für Minderheiten? Was kommt auf sie zu? Wird in Österreich ein

rassistisches, xenophobes, sexistisches, behindertenfeindliches und homophobes Klima entstehen, oder wird alles auf die typisch „österreichische Weise“ beim alten bleiben (was keineswegs ein nicht-rassistisches, nicht-xenophobes etc. Klima war)? Was bringt eine offene Austragung sozialer Konflikte und eine Radikalisierung politischer Auseinandersetzungen für Minderheiten mit sich? Wie können Minderheiten die „Repolitisierung“ dazu nutzen, die eigenen Anliegen hörbarer auszu-drücken?

Antworten auf diese Fragen könnten einerseits die in öffentlichen Diskussionen zunehmend in Vergessenheit geratende Rolle der Minderheiten (als Zielscheiben, Sündenböcke, aber auch als Aushängeschilder) bei neuer politischer Konstellation wieder sichtbar machen. Sie könnten zweitens eine zusätzliche Dimension in die Diskussion einbringen, die durch festgefahrene Argumente und fehlende Hand-

lungsoptionen (und nicht zuletzt durch den Gewöhnungseffekt) ihre anfängliche Lebendigkeit allmählich einbüßt.

Im vorliegenden Heft beginnen wir mit der Thematisierung dieser Fragen: Die Thema-Beiträge von Franjo Schruiff, Ursula Herrmann / Barbara Oberwasserlechner und Hikmet Kayahan setzen sich aus unterschiedlichen, aber jeweils minoritären Perspektiven mit der neuen politischen Konstellation auseinander.

Nachlese

Unmittelbar nach der Gründung der neuen Regierung führte Radio Stimme ein Gespräch mit der ersten Frauenministerin Österreichs, Johanna Dohnal, ein Gespräch über die politische Lage und die soziale Situation der Frauen angesichts der Errungenschaften der letzten Jahrzehnte sowie des Fehlens eines Frauenministeriums in der Schwarz-Blau-Regierung. Eine Nachlese.

Impressum	2
Vorwärts zur Ersten Republik! von Erich Demmer	4
Feigenblatt oder schlaue Taktik? von Franjo Schruiff	6
„Ja selbstverständlich, sogar sehr intensiv“ von Ursula Herrmann und Barbara Oberwasserlechner	8
TschuschInnen: Hört die Signale! von Hikmet Kayahan	10
Der Grüne von Erwin Riess	12
Cartoon	12
Brief nach Istanbul von Gerald Nitsche	13
Die deutsch-italienische Münze mit ladinischer Politur von Margret Oberhofer	14
„Statement der Woche“ mit Johanna Dohnal von Ingrid Hemetek	16
„Vom Menschen an sich“ Eine Reportage von Stefan Nicolini	18
Berichte	20
Kulturen und Künste	24
Tips	27
Kahlauers Tagebuch	31

Impressum

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 01/586 12 49-12, e-mail: initiative.minderheiten@chello.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, e-mail: stimme@chello.at; Chefredakteur: Hakan Gürses; Redaktionelle Mitarbeit: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Oertl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gabriele Müller-Klomfar (gmk), Isabelle Riedl (iri); Ständige AutorInnen: Erwin Riess, Dieter Schmutzer, Stefan Nicolini, Gabriele Hebenstreit, Katina Lair, Anita Konrad, Kahlauer, mh, M. Fürst; Fotoredaktion: Mehmet Emir; Zeichnungen: Hakan Gürses, Andreas Ohrenschild; Graphische Gestaltung: schultz+schultz – Eva Oberdorfer; Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566; Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Anna Rakoš (Redaktionsadresse); Jahresabo (4 Hefte): € 180,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.

VORWÄRTS ZUR ERSTEN REPUBLIK! VON ERICH DEMMER

In Österreich ist nun seit mehr als vier Monaten eine blau-schwarze Regierung im Amt, und viele sagen: an der Macht. Die meisten – auch künstlich errichteten – Nebelwände haben sich verzogen, und kurz vor der Sommerpause lohnt es sich, einmal kurz Rückschau zu halten.

Politische und historische Entwicklungen sind selten Endergebnisse rationalen Planens und zielorientierten Vorgehens, viele Katastrophen der Geschichte ereigneten sich durch die von der US-Historikerin Barbara Tuchman beschriebene „Tor-

Seltsamerweise tauchen neuerdings unbekannte Reporterinnen in den Nachrichtensendungen auf, die natürlich ihre spezielle Weltsicht verbreiten.

heit der Regierenden“. Der SPÖ-Wahlkampf für die Nationalratswahl im Oktober 1999, als man sich konzeptuell auf den inhaltlich postmonarchistischen und minimaldemokratischen Slogan „Auf den Kanzler kommt es an“ einigte, statt auf ein breites Band kompetenter Personen zu setzen (Caspar Einem: Zukunftsfragen und Liberalität, Lore Hostasch: Mütterlichkeit und soziale Geborgenheit, Rudolf Edlinger: finanzielle Sicherheit, Barbara Prammer: Frauenemanzipation etc.), gehörte sicher zu diesen typischen Fehlern der Funktionsträger.

Aber der Kanzler, auf den es ankam, war kurz vor der Wahl durch Krankheit aktionsunfähig, und durch den Appell an das nach wie vor nach oben ausgerichtete österreichische Volk streicht nun Wolfgang Schüssel einen zusätzlichen Kanzlerbonus ein. Der Kanzler-Slogan ist nebenbei gesagt nicht gerade taurisch: er stammt aus dem CDU-Wahlkampf der sechziger Jahre für Konrad Adenauer.

In politologischen Analysen war es schon lange zu lesen gewesen: In Zeiten der ökonomischen Globalisierung, der weltweiten Transportabilität des Kapitals bei gleichzeitiger Fixierung der meisten Menschen an ihr Herkunftsgebiet, der

Während die Regierung aus kosmetischen Gründen hin und wieder eine Minderheit streichelt, schnuppert sie interessiert am Lockduft der autoritären Versuchung.

Deregulierung und Entsolidarisierung beginnen die institutionellen Mammut zu wanken. Kammern, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, zerrissen zwischen oberflächlicher Anpassung an den Zeitgeist und reflexhaftem Beharren, verlieren für

viele Menschen die Ankerfunktion. Sicherheiten zerbröseln, Gewißheiten verdampfen, alles ist möglich, warum, dachte sich Wolfgang Schüssel, nicht auch eine Koalition mit der Haider-FPÖ unter ihm selbst als Kanzler?

Nach dem Wahlergebnis war es allen bis auf die SPÖ-Granden klar, daß es so kommen würde. Von EU-Seite hatte es zuerst ein warnendes Wetterleuchten gegeben, dem das Sanktions-Gedonere der 14 folgte. Damit hatte die neue Regierung die bequeme „Jetzt erst recht!“-Waffe zur Hand. Die Auswirkungen der Sanktionen blieben bis auf dumme Artikel der französischen und belgischen Pendants der „Kronen Zeitung“, die zu Schülerausladungen führten, äußerst bescheiden: Österreichi-

+++ Arbeiterkammerwahlen +++ Arbeiterkammerwahlen +++



sche Diplomaten konnten sich zeitweise nicht auf Empfängen gratis durchs Leben fressen, sondern mußten sich an Brüsseler Würstelständen selbst versorgen. Und Erhard Busek, der sich für den Job eines EU-Balkanbeauftragten beworben hatte, hat diesen nicht erhalten. Aber er wollte auch Leiter des Salzburger Mozarteums werden und ist auch dort durchgefallen. (Ist er halt Regierungsbeauftragter für die EU-Osterweiterung geworden.) Das Ringenspiel ministerieller Staatsbesuche, meist ohne ein Leerlauf der Eitelkeiten, kam kurzfristig zum Stillstand.

War also gar nix? Im Gegenteil: Im Inneren des Landes begann die Katakombenregierung, die als erste den Ball-

hausplatz nicht zu überschreiten wagte, mit dem Umbau – still und heimlich meist. Nehmen wir nur den ORF. Generalintendant Gerhard Weis, der zuerst seinen Redakteuren für den Umgang mit der neuen Regierung empfohlen hatte, diese „nicht zu reizen, nicht zu füttern, nicht in den Käfig zu gehen“, dementiert geradezu rituell, daß im ORF eine blau-schwarze Machtübernahme im Gang sei oder bevorstehe. Aber seltsamerweise tauchen neuerdings unbekannte Reporterinnen in den Nachrichtensendungen auf, die natürlich ihre spezielle Weltsicht verbreiten.

Ein besonderes Zuckerl: In einer 17-Uhr-ZiB im Mai über eine Ausstellung tschechischer Avantgarde schloß die Beitragsgestalterin mit den tröstenden Worten: „Hierzulande gilt der Surrealismus als überwunden.“ Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: eine Kunstrichtung überwunden wie eine störende Geschlechtskrankheit oder die Auffassung, die Welt sei eine Scheibe. Eine Kleinigkeit, gewiß, aber typisch für die Atmosphäre.

Wie das Wahlplakat der freiheitlichen Arbeitnehmer für die Arbeiterkammerwahlen. Die aus mehreren Wörtern zusammengeballten Ungetüme würden sich bei jedem Ausländerkind zu xenophober Propaganda eignen, aber die falsche Schreibweise hat Methode: Dieses erstmals experimentell von der Wiener Gruppe um H. C. Artmann & Freunde angewendete Verfahren entpuppt sich hier als graphisch dargestelltes Wutgeschrei, dem nicht einmal das Luft-holen zwischen den Wörtern gestattet wird und das so die pure Emotion, die reine Wut bildlich auflöst – dagegen hat ein kritischer Gedanke keine Chance.

Eine Kleinigkeit, gewiß. Wie bei der parlamentarischen und legistischen Arbeit. Da hat der Zufall halt so gespielt, daß Gesetzesvorhaben nicht mehr als Ministerialentwürfe geplant werden, die der Begutachtung durch Kammern und betroffene Institutionen bedürfen, sondern im Schoß der Regierungsfraktion heranreifen und dann als parlamentarischer Initiativantrag, bei dem sich die Institutionen brausen gehen können, eingebracht werden. Sicherheitshalber werden sie dann mit einfacher Mehrheit beschlossen – sollte der Verfassungsgerichtshof in einigen Jahren feststellen, daß

die Zweidrittelmehrheit eines Verfassungsgesetzes notwendig gewesen wäre, wird man weitersehen, bis dahin gilt das FPÖVP-Gesetz.

Viel zuwenig wird auch die schleichende Militarisierung Österreichs beachtet. Das Sicherheitspolizei- und Militärbefugnisgesetz, das demnächst beschlossen werden soll, enthält in seinen Kernpunkten Elemente autoritärer Staaten. Vor allem kritische Distanz zum Bundesheer wird danach nicht ungestraft möglich sein: Ein keckes Wort, und schon steht man auf einer schwarzen Liste. Der einzige kleine Vorteil: Sollte man ungerechterweise einer normalkriminellen Untat bezichtigt werden, könnte man vielleicht den Geheimdienst um ein Alibi bitten. Trotz Budgetkrise wurde der Ankauf von teurem Militärgerät beschlossen, die Bezahlung soll später in Jahresraten geschehen. Motto: Die Provisionen holen wir uns jetzt, die Folgekosten tragen die nächsten Regierungen.

Die heimtückischste Attacke tarnt sich allerdings unter dem Schlagwort „Umbau zu einem Berufsheer“. Egal, wie man persönlich zu dieser Frage steht, einige Folgen sind nicht zu vermeiden: Tausende von entlassenen Kaderpersonal und ein ganzer Jahrgang stellungspflichtiger Jungmänner drängen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt, durch den Fall der allgemeinen Wehrpflicht verfällt auch der alternative Zivildienst, und weil selbst diese Regierung nicht auf den Gedanken kommen wird, daß Greisinnen und Greisen dann mit dem Gewehr der Hintern gereinigt werden soll, werden Langzeitarbeitslose und Schwervermittelbare in die erst geschaffene Sozialbetreuungslücke gestopft. Die freigewordenen Arbeitskräfte können dann um neue Jobs raufen, das freut, weil mit Lohndruck verbunden, die Firmen, führt zu weiterer Entsolidarisierung in der Gesellschaft und untergräbt weiter den ohnehin schwindenden Einfluß von Gewerkschaften und Arbeiterkammern.

Das alles läßt sich unter der Tuchent der Sanktionen der 14 trefflich vorbereiten. Und so war es ein sehr symbolhaftes Bild, daß die Außenministerin Ferrero-Waldner unter dem Vorwand, gegen die

Sanktionen arbeiten zu wollen, einen Europatrip unternahm, um ausgerechnet der früheren Premierministerin und nunmehrigen Privatperson Maggie Thatcher die Hand zu schütteln (die vorher von der Bluthand Pinochets geschüttelt wurde). Denn Thatcher, die wegen schlechter Umfragedaten schon auch einmal einen realen Krieg (gegen Argentinien um die Falklandinseln) geführt hat, gilt als Symbolfigur für rücksichtslose Privatisierung und Kampf gegen Gewerkschaften. Daß ausgerechnet diese Dame ohne politischen Einfluß etwas gegen die Sanktionen machen könnte, traute sich nicht einmal der gewogenste Journalist zu schreiben. Das Ganze war eine Ergebnissadresse mit Bild an das wahre Machtzentrum dieser Koalition, dem Wiener Schwarzenbergplatz, dem Sitz der Industriellenvereinigung: „Schaut her, das ist unser Ziel: die Thatcherisierung Österreichs!“ Nämlich die Errichtung eines latent autoritären Staates, der das Rad der Zeit in die Vorkreisky-Ära zurückdreht.

Die Kreisky-Ära mit absoluter SPÖ-Mehrheit – sie war wohl eine Ausnahme in Österreich, nur erklärbar durch den Reformstau der fünfziger und sechziger Jahre. Betrachtet man das Parteienspektrum der Ersten Republik, ergeben sich erstaunliche Parallelen zu heute. Auch damals war die SPÖ stärkste Partei mit ungefähr 35 Prozent Zustimmung bei Wahlen, dahinter waren die Christlichsozialen mit etwa 30 Prozent und die Großdeutschen mit dem laizistischen Landbund mit fast 20 Prozent als Grundstock. Bei einzelnen Wahlen konnten die Ergebnisse um plus/minus fünf Prozent divergieren, aber es gab festverankerte „Gefühls- und Weltanschauungslager“.

Nun haben heute Ideologien weitgehend abgedankt, und nur teilweise politische Spontantentscheidungen sind an ihre Stelle getreten („San eh alles Gauer, soll der Kanzler wenigstens fesch sein“, so eine Wiener Trafikantin.) Heimische Politik orientiert sich derzeit eher am Villacher Fasching als an kirchlichen oder weltlichen Hochämtern. Dennoch läßt sich eine nach wie vor bestehende „gefühlige Lagerbindung“ feststellen, und wer freudig zu „Krone“ und „täglich Alles“

greift, tut das weniger, um sich intellektuelles Neuland zu erschließen, als sich in seinen Ressentiments bestätigt zu fühlen. Wenn dazu noch eine geschickte Politregie kommt, wandelt sich die bestehende „Lager-“ zu einer „Wagenburg-Mentalität“, und schwupps, der „Heimwehr-Gedanke“ feiert ganz und gar unfröhliche Urständ‘.

Während die Regierung aus kosmetischen Gründen hin und wieder eine Minderheit streichelt, schnuppert sie interessiert am Lockduft der autoritären Versuchung. Beispiele dafür gibt es sonder Zahl, und sie wurden auch in den Medien diskutiert. Ich möchte auf einen noch zu wenig interpretierten Fall hinweisen: den auf Jacques Chirac gemünzten „Westentaschen-Napoleon“-Sager von Jörg Haider, der oberflächlich als Beschimpfung charakterisiert wurde – aber eine Verhöhnung ist.

Nun ist Napoleons Aufstieg vom republikanischen Konsul zum französischen Kaiser das Musterbeispiel einer autoritären Karriere. Haider steht vom „Froschfresser“ aufwärts wohl jedes Scheltwort für Franzosen zur Verfügung. Warum spricht er von „Westentaschen-Napoleon“?

Die unbewußte Argumentationskette verläuft, vermute ich, auf diese Weise: „Du redest groß daher und spielst den Napoleon. Aber schau her, du Zwerg, dich steck' ich in die Westentasche, denn der wirkliche Napoleon, das bin ich!“ Haiders bonapartistische Gelüste, nicht die dümmlich gezogenen Parallelen mit Adolf Hitler sind das Problem, das ÖVP und Industriellenvereinigung achselzuckend in Kauf nehmen.

Ich fürchte, wir werden uns nicht nur in den nächsten Wintern warm anziehen müssen.



FEIGENBLATT ODER SCHLAUE TAKTIK? VON FRANJO SCHRUIFF

Die anerkannten Volksgruppen und ihr Verhältnis zur Bundesregierung

Zu den ersten NGO-Vertretern, die schon im Februar 2000 offensiv den Kontakt mit der neuen Bundesregierung suchten, zählten die Vertreter mehrerer Volksgruppenvereine. Während viele Organisationen im Menschenrechtsbereich noch von der Regierungsbeteiligung der FPÖ geschockt waren und Protestaktionen planten, hatten die Vertreter der Volksgruppenbeiräte schon die ersten Gesprächstermine mit der neuen Regierungsspitze vereinbart. Und die Regierung war – im Gegensatz zu früheren Regierungen, die Bitten um Gesprächstermine meist nicht einmal ignoriert hatten – sehr an Gesprächen interessiert. Einerseits dürfte sie in den ersten Wochen ihrer Tätigkeit nicht gerade von allzu vielen Gruppen auf Termine angesprochen worden sein, andererseits ließen sich Gesprächsrunden mit Volksgruppenvertretern medial gut verkaufen. Und das taten die Öffentlichkeitsarbeiter der Regierung entsprechend eifrig.

Volksgruppen: dankbare Objekte?

Die neue Regierung hatte die Volksgruppen als (in doppelter Hinsicht) dankbare Objekte zur Selbstdarstellung entdeckt. „Wer von den Volksgruppen umworben wird, kann nicht wirklich minderheitenfeindlich, rassistisch oder sonst gefährlich sein“, sollte europaweit vermittelt werden.

In weitere Folge blieb es nicht nur bei Gesprächen. Zwangsläufig kam es zu Zusagen und inzwischen zu ersten „Erfolgen“ der Minderheiten. Fix

beschlossen wurde die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln im Burgenland, sowohl für Kroaten als auch für Ungarn. Kroatische Organisationen hatten zwar den Boden für diese überfällige Entscheidung seit Jahrzehnten aufbereitet und positiv Stimmung gemacht, hatten sich aber an der Untätigkeit der bisherigen Regierungen, übrigens in allen möglichen Konstellationen (VP-Alleinregierung, SP-Alleinregierung, SPÖ-FPÖ, SPÖ-ÖVP), die Zähne ausgegeben. Daran kann auch der bemerkenswerte Umstand nichts ändern, daß der nunmehrige Vorschlag für die zweisprachigen Ortstafeln im Burgenland noch von Bundeskanzler Klima verfaßt und zur Begutachtung ausgeschiedet worden war. Erst als feststand, daß die Kanzlerschaft für ihn verloren war, wollte Klima der Nachfolgeregierung ein Kuckucksei ins Nest schmuggeln. Doch diese hat den Kuckuck ohne Wimpernzucken ausgebrütet.

Sehr schnell hat die neue Regierung eine Regierungsvorlage beschlossen, mit der die Erhaltung und Förderung der Volksgruppen als eigenständiges Staatsziel in die Bundesverfassung aufgenommen werden soll. Auch da störte es die FP-VP-Koalition nicht, daß sie mit ihrem Vorschlag eigentlich eine Idee übernahm, die die Grüne Minderheitensprecherin Terezija Stoisits bereits seit Jahren propagiert. Im Koalitionsakt wurde außerdem festgeschrieben, daß die Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarates bis Jänner 2001 für Österreich in Kraft gesetzt werden solle. Auch das ist eigentlich eine alte Forderung. Der Nationalrat hatte diesen Schritt bereits im Jänner 1996 einstimmig verlangt, die SP-VP-Bundesregierung hatte aber den Beschluß einfach ignoriert.

Inzwischen hat der Ministerrat einen Verordnungsentwurf beschlossen, mit

dem auch Ungarisch in vier Gemeinden des Burgenlandes als zusätzliche Amtssprache zugelassen werden soll. Diesen Schritt hatte der ehemalige SP-Landeshauptmann des Burgenlandes Sipötz bereits 1990 angekündigt. Die Bundesregierung war untätig geblieben.

Der „angenehme Kontrast“

So fällt also auf, daß die neue Bundesregierung im Volksgruppenbereich mehr tut als die meisten Regierungen zuvor. Und jedenfalls mehr, als von einer Regierung unter Beteiligung der FPÖ erwartet worden wäre. Daß sich dieser „angenehme Kontrast“ vor allem durch die Untätigkeit der Vorgängerregierungen erklären läßt, kann der neuen Regierung nicht ernsthaft vorgehalten werden. Denn immerhin tut sie etwas, wo vorher nichts geschah. Natürlich darf nicht vergessen werden, daß vieles nicht wegen der besonderen Minderheitenfreundlichkeit der Regierung geschieht, sondern zur Imagepolitik. Daß sich so manche Minderheitenvertreter zumindest vordergründig als Gewinner der besonderen Situation sehen wollen, ist allerdings ebensowenig zu vergessen.

Die Volksgruppen wurden schon nach den ersten Gesprächen mit der Bundesregierung viel für ihr Vorpreschen gescholten. Im Menschenrechtsbereich wurde das als illoyales Ausscheren aus dem Grundsatz „Keine Koalition mit dem Rassismus“ verstanden. Eine genauere Analyse der Zusammenhänge zeigt aber, daß die Situation so einfach nicht ist.

Tatsächlich sind die anerkannten Volksgruppen mehr als jede andere Gruppe im Minderheiten- und Menschenrechtsbereich in die politischen Parteien integriert. Man kann nach wie vor davon ausgehen, daß an die 85 % der Volksgruppenangehörigen entweder die SPÖ oder die ÖVP unterstützen. Dementsprechend zahlreich sind Volksgruppenangehörige im Funktionärskader der Parteien vertreten. Ein anschauliches Beispiel bieten die Burgenlandkroaten als größte der sechs anerkannten Volksgruppen. Sowohl der Landesgeschäftsführer der ÖVP als auch sein Gegenüber auf Seiten der SPÖ sind Burgenlandkroaten. Beide sind nicht nur maßgebliche Gestalter der jeweiligen Parteipolitik im Land, sondern auch in der Minderheitenpolitik durchaus glaubwürdig engagiert. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß ein relevanter Teil der Burgenlandkroaten (und parallel dazu auch entsprechend viele Angehörige

ge der anderen Minderheiten) in der neuen Regierungskonstellation bessere Chancen sieht, um eigene Ziele umzusetzen. Viele machen gerade die SPÖ für die als verloren empfundenen Jahre und Jahrzehnte des Stillstandes verantwortlich und erwarten nun frischen Wind.

Die „nette Minderheitenpolitik“

Interessanterweise ist bereits jetzt eine Umkehrung der Verhältnisse zu beobachten. Vor allem VP-nahe Funktionäre innerhalb der Volksgruppen verteidigen momentan alle Regierungshandlungen reflexartig. Das taten bisher immer die SP-Funktionäre, die dafür als „Assimilanten“ gescholten wurden. Jetzt geht es ihnen plötzlich zu langsam und zu wenig weit. Minderheitenorganisationen, die der ÖVP nahestehen, wie der Kroatische Kulturverein im Burgenland, bemühen sich inzwischen, die Bundesregierung vor allem bei internationalen Minderheitentreffen positiv darzustellen, während bisher nur geklagt und geschimpft wurde.

Trotz der bisherigen positiven Schritte fällt eine Bilanz der neuen Regierungstätigkeit aus Sicht der anerkannten Volksgruppen keineswegs nur positiv aus. Zu offensichtlich geht es der neuen Regierung in erster Linie um symbolhafte Politik. Unter dem Druck der europaweiten Isolierung ist sie bereit, symbolische Akte zu setzen, die den Minderheiten bisher verweigert wurden. Im großen und ganzen geht es dabei um Bereiche, die die Klientel der Regierungsparteien wenig schmerzen. Der Schwenk zur „netten Minderheitenpolitik“ macht allerdings noch manchen Politikern der Regierungskoalition große Probleme. Als die Einführung einer Staatszielbestimmung zum Minderheitenschutz in der Verfassung erstmals unter blau-schwarzen Mehrheitsverhältnissen diskutiert wurde, lehnte sie die ÖVP-Justizsprecherin Maria Fekter strikt ab. Sie warnte davor, daß der Verfassungsgerichtshof dann jede politische Entscheidung, die sich gegen Minderheiten richte, mit Hinweis auf eine Staatszielbestimmung „schmeißen“ und zugunsten der Minderheiten und damit gegen die Regierungsmehrheit entscheiden könnte. Es wäre „ein Unding, die Verfassung mit Dingen zu überfrachten, für die sie nicht geschaffen wurde“. Erst nachdem klar war, daß die neue Regierung dringend positive Symbole fürs Image brauchte, war alles anders.

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Staatszielbestimmung stand die geplante ersatzlose Streichung des Minderheitenschutzes aus dem Staatsgrundgesetz 1867, dem Grundrechtskatalog der Republik Österreich. Art 19 dieses Verfassungsgesetzes mit konkreten

Rechtsansprüchen für alle ethnischen Minderheiten sollte aus dem Rechtsbestand eliminiert werden. Die Begründung: Die Bestimmungen seien überholt und ohnehin nicht mehr anzuwenden. Nach massiven Protesten war dann alles anders. Bundeskanzler Schüssel, der die Streichung ursprünglich vorgeschlagen hatte, erklärte plötzlich: „Wir rühren das nicht an, das Staatsgrundgesetz ist uns heilig.“

Sobald es aber um substantielle und inhaltliche Schritte geht, wird massiv blockiert. Die Staatszielbestimmung wird von der ÖVP erst unterstützt, seitdem klargelegt wurde, daß es um den Schutz der „autochthonen“ Volksgruppen geht und unter der schützenswerten sprachlichen und kulturellen Vielfalt Österreichs nicht etwa auch die Beiträge neuer Minderheiten gemeint sind.

Fix beschlossen war bereits die Kürzung der Volksgruppenförderung um 20 %. Diese Maßnahme wurde erst nach internationalem Druck zurückgenommen. Zuvor hatten eifrige ÖVP-Funktionäre aus den Reihen der Burgenlandkroaten schon versucht, die Volksgruppe auf den Sparkurs einzustimmen. „Wenn das ganze Land sparen muß, werden selbstverständlich auch wir unseren Beitrag leisten“, wurde propagiert.

Politik der Symbole

Weniger zimperlich ist die neue Regierung in anderen Bereichen. Den privaten Minderheitenradios, die vor wenigen Jahren im Burgenland und in Kärnten den mehrsprachigen Sendebetrieb aufgenommen haben, wird die finanzielle Unterstützung entzogen, es droht der baldige Sendeschluß. Die neue Bundesregierung fühlt sich nicht mehr an Finanzzusagen der alten Regierung gebunden, Bundeskanzler Schüssel spricht von einer „befristeten Starthilfe“, die nicht regulär budgetiert gewesen sei. Durch die angekündigte massive Erhöhung der Portokosten im Zeitungsverband sind alle Minderheitenzeitungen existenziell bedroht.

Besonders bedenklich ist die Entwicklung im Bereich des Minderheitenschulgesetzes für Kärnten. Eigentlich hatten die Slowenen im Frühjahr 2000 vor dem Verfassungsgerichtshof den zweisprachigen Unterricht statt wie bisher in drei Schulstufen nunmehr in allen vier Schulstufen der Volksschule erkämpft. Aber anstatt diese Verfassungsentscheidung in die Praxis umzusetzen, geht es den Regierungsparteien plötzlich darum, die nicht für den zweisprachigen Unterricht qualifizierten, einsprachig deutschen Lehrer finanziell besser zu stellen. Die Gelder für die deutschsprachigen Lehrer sollen den Kärntner Slowenen von der Volksgruppenförderung abgezogen werden (!), schlägt die FPÖ vor.

Je tiefer man blickt, desto fragwürdiger wird die Regierungspolitik. Trotzdem bleibt die Bilanz aus der Sicht der Minderheiten zwiespältig. Erstmals seit langem werden sie gebraucht und umworben, zugleich aber benutzt. Es gab kaum eine Erklärung von Bundeskanzler oder Außenministerin auf europäischer Ebene, in der nicht auf die positiven Schritte der Bundesregierung

Aus Sicht der Volksgruppen ist vor allem die Beschränkung auf eine Politik der Symbole bedenklich.

zugunsten der Minderheiten verwiesen wurde. Selbst die Entscheidung der Europäischen Volksparteien, die ÖVP wieder als vollberechtigtes Mitglied zuzulassen, wurde unter anderem auch mit den Aktivitäten der VP-Regierung zugunsten der Volksgruppen begründet. Aus Sicht der Volksgruppen ist vor allem die Beschränkung auf eine Politik der Symbole bedenklich. Während einerseits plakative und sehnlichst erwartete

Trotz der bisherigen positiven Schritte fällt eine Bilanz der neuen Regierungstätigkeit aus Sicht der anerkannten Volksgruppen keineswegs nur positiv aus.

Rechte zugebilligt werden, wird der politische Gestaltungsspielraum für die Betroffenen durch Beschränkungen im finanziellen Bereich und bei der medialen Versorgung massiv eingeschränkt. Noch kaum abzuschätzen sind die negativen Auswirkungen auf das allgemeine Klima gegenüber den Volksgruppen, falls diese weiterhin auf eine eigenständige

Die neue Regierung hatte die Volksgruppen als (in doppelter Hinsicht) dankbare Objekte zur Selbstdarstellung entdeckt.

Entwicklung von Kultur und Sprache, und damit ihrer Identität beharren. Hier ist zu erwarten, daß die tendenziell feindliche Einstellung der neuen Regierung gegenüber „nicht heimatgemäßen Kulturen“ und gegenüber der kulturellen Eigenständigkeit von MigrantInnen früher oder später auch gegenüber nicht angepaßten Volksgruppen durchschlägt. Und dann könnte der neue Anstrich aus plakativen Staatszielbestimmungen und Ortstafelregelungen schnell abblättern, mit dem die Regierung derzeit an der Verschönerung ihrer eigenen Fassade arbeitet.

schruff@gmx.at

„JA SELBSTVERSTÄNDLICH, SOGAR SEHR INTENSIV“ VON URSULA HERMANN UND BARBARA OBERWASSERLECHNER

„Ja selbstverständlich, sogar sehr intensiv“ sieht sich Sozialministerin Sickl auch als Frauenministerin, „(...) weil es mir persönlich ein Anliegen ist. (...) Sowohl die verheirateten Frauen wie die nicht verheirateten Frauen, die Alleinerzieherinnen, die alten, die jungen, die pensionierten (...)“¹. Und die lesbischen Frauen?

„Lesbische Mütter profitieren vielleicht einmal vom Kinderscheck, oder wie es diese Regierung formuliert: Karenzgeld für alle mit vagem Einführungsdatum.“

Die passive und als „Familiensanierungspolitik“ propagierte „Frauenpolitik“ dieser Regierung wird alternative Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten stark reduzieren.

Ältere, lesbische Arbeitnehmerinnen konnten jetzt noch schnell in Frühpension gehen. Die anderen haben guten Grund, sich über die mangelnde Wahrung ihrer Interessen Sorgen zu machen. Feministische Lesben machen ihrem Ärger Luft, daß Frauen als „Generationsagenda“ im Sozialministerium ver-

Diese Regierung nur konservativ zu nennen wäre eine gefährliche Verharmlosung, paart sich doch hier Rechtspopulismus mit christlich-bürgerlicher Ideologie; beides Garanten für Homophobie.

schwinden. Lesbische Mädchen können sich in Zukunft auf eine noch hoffnungslosere Lehrstellensuche einstellen, da das

„Sanierungsprogramm“ der Regierung auch vor innovativen Beschäftigungsoptionen nicht haltmacht. Gemeinsam mit lesbischen Maturantinnen und Akademikerinnen wird ihnen ein zunehmend konservatives Frauenbild Jobchancen nehmen. Die passive und als „Familiensanierungspolitik“ propagierte „Frauenpolitik“ dieser Regierung wird alternative Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten stark reduzieren. Lesbische Migrantinnen wissen spätestens seit dem letzten Wahlkampf, daß das gesellschaftliche Klima im schwarz-blauen Österreich bedrohliche Auswirkungen hat. Lesbische Bräute können sich in Zukunft vor schleimigen „Küß-die-Hand-Wien“-Kandidaten² in Sicherheit bringen: Auf Heiraten werden sie wohl noch warten müssen.

Lesben im allgemeinen dürfen sich in allen kulturellen und politischen Räumen, die sie geschaffen haben, auf die Evaluierung ihrer Effizienz „freuen“, da diese Regierung die speziellen Lebensbedingungen und Bedürfnisse auch der lesbischen Minderheit negiert.³ Eine einfache Kosten-Nutzen-Rechnung wird als Basis staatlicher Unterstützung gesehen.

Und die Lesben mit Behinderung, die arbeitslosen Lesben, die lesbischen Lehrerinnen, die lesbischen Künstlerinnen ... Aber wo sind die Lesben als Lesben betroffen?

Konservative Regierung?

DIE LESBE gibt es genauso wenig wie DIE HETERA. Lesbisches Leben zeichnet sich durch eine große Vielfalt aus. Doch der überwiegenden Mehrheit der Lesben gemeinsam ist der fehlende Zugang zu männlicher Macht und die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz mangels einer faktischen oder – wenn nicht, so doch – möglichen Partnerinenschaft mit einem Mann. Und nicht nur das: Partnerinenschaften an und für sich können in Österreich nicht legalisiert werden. Daher suchen gerade lesbische Frauen alternative „Lebensentwürfe“ und sind von einer konservativen Politik besonders stark betroffen. Doch jahrzehntelange Erfahrungen im kreativen Schaffen von Lebensräumen und Lebensweisen werden ihnen auch in Zukunft von großem Nutzen sein.

Diese Regierung nur konservativ zu nennen wäre jedoch eine gefährliche Verharmlosung, paart sich doch hier Rechtspopulismus mit christlich-bürgerlicher Ideologie; beides Garanten für Homophobie. So denken die Regierenden nicht daran, den § 209 („Schutzalterparagraf“ für schwule Männer) endlich abzuschaffen. Bisherige Versuche scheiterten am Veto von FPÖ und ÖVP. Die aktuelle Diskussion über die verschärften Maßnahmen gegen Sexual-

straftäter beinhalten „selbstverständlich“ auch § 209.⁴ Dies führt bei Realisierung zu einer sich neuerlich verschärfenden Kriminalisierung schwuler Männer. Die Diskriminierung besteht neben einer gesetzlichen „Ungleichbehandlung“ wieder einmal in der suggerierten Verbindung zwischen Kindesmißbrauch und Homosexualität: Schreibe es solange in den Zeitungen, sage es so oft in den Medien, bis es internalisiert ist! (Eine Methode, die soeben mit „schwarz“ und „Drogendealer“ seine Umsetzung findet.) Dieser konstruierte Zusammenhang kriminalisiert Schwule und diffamiert Homosexualität per se. So wird auch die Tatsache geleugnet, daß in der Regel weiße, männliche Verwandte die Täter sind – und Mädchen die Betroffenen. Diese Realität paßt nicht zum Mythos von der „heilen Familie“ als „Keimzelle“ des Staates. Ein gefährlicher Realitätsverlust und eine verschärfte Ausgrenzungspolitik scheinen bei dieser Regierungskonstellation noch deutlicher spürbar als bei den bisherigen.

Umgang mit der Geschichte

Denn wie sonst könnte die mangelnde Positionierung zu hinlänglich bekannten

Verharmlosungen des Nationalsozialismus zu erklären sein? Entsetzen stellt sich ein, wenn unerhört Homophobes neuerdings auch noch von sogenannten „alten Widerstandskämpfern“ zu hören ist: „Was mich wirklich betroffen gemacht hat, aber auch sozialdemokratische Freunde aus dem Widerstand, war diese Verwendung von O5 durch eine Homosexuellen-Initiative.“⁵

Daß Lesben und Schwule zu den GegnerInnen und auch zu den Opfern des Nationalsozialismus gehörten, ist in Österreich gern negierte Realität. Die „Ostmark“ zeichnete sich sogar durch eine ganz besondere Gesetzgebung aus: Noch aus dem Austrofaschismus wurde der § 129b STGB („Unzucht zwischen Personen gleichen Geschlechts“) übernommen, der lesbische Sexualität kriminalisierte, also ein noch strengeres Gesetz anwandte als im Rest Deutschlands.⁶

Dieses Negieren der Geschichte ist nichts Neues und sicherlich Kennzeichen jeder Regierung seit 1945. Neu ist, daß ungeniert sexistische, rassistische, homophobe und menschenverachtende Äußerungen getätigt werden können, ohne nachhaltige Conse-

quenzen nach sich zu ziehen. Dieses rigide Klima der „Kosten-Nutzen-Rechnungen“, der „Wenn sich jemand verletzt fühlt, dann ...“-Entschuldigungen, der Verleumdungen und Beschimpfungen führt zur Ausgrenzung kreativer und fortschrittlicher Personen, zu denen unter anderem viele Lesben zählen.

Es bleibt zu wünschen, daß sich Widerstand auch weiterhin formiert. Und frei nach „be proud, be loud, be out!“⁷ werden Lesben, Schwule und Transgender-

Entsetzen stellt sich ein, wenn unerhört Homophobes neuerdings auch noch von sogenannten „alten Widerstandskämpfern“ zu hören ist.

Personen auch weiterhin kreativ und tatkräftig für Ihre Lebensweisen und politischen Anliegen eintreten. „Ja selbstverständlich, sogar sehr intensiv“ werden wir auf vielfältige Weise und selbstbewußt unsere Forderungen vorbringen.

Ursula Hermann ist Mitarbeiterin der Initiative Minderheiten.

Barbara Oberwasserlechner ist Mitarbeiterin im STICHWORT, Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung.

¹ Interview mit Frau Ministerin Sickl in: „Der Standard“ vom 18. 3. 2000.

² Wir beziehen uns hier auf das aktuelle ÖVP-Wahlplakat in Wien, auf dem Kandidat Görg der Hand einer weißgekleideten Frau huldigt.

³ Ein „gutes“ Beispiel hierfür liefern Fraueninitiativen, die sich schon seit langem gegen „Auslastungskriterien“ zur Wehr setzen müssen.

⁴ Laut einer Pressemeldung vom 29. 5. 2000 erklärte Vizekanzlerin Riess-Passer, daß entgegen einer Aussage von Justizminister Böhmendorfer an eine Verschärfung des § 209 nicht gedacht wird.

⁵ Interview mit Fritz Molden in: „Der Standard“ vom 25. 5. 2000.

⁶ Vgl. Claudia Schoppmann: Verbotene Verhältnisse. Frauenliebe 1938-1945. Berlin 1999.

⁷ Zitiert nach dem Theaterstück „Königinnen“ von Lilly Axster, das im Cosmos Frauenraum von 16. 5. bis 2. 6. 2000 zu sehen war.



TSCHUSCHINNEN: HÖRT DIE SIGNALE! VON HIKMET KAYAHAN

Von jeglicher politischer Partizipation ausgeschlossen, begannen die MigrantInnen sich in den letzten Jahren immer mehr Bereiche des öffentlichen Diskurses zu erobern. Mit dem Antritt der neuen rechtsrechten Regierung scheinen sie wieder in einen Dornröschenschlaf versunken zu sein.

Die Gründe, warum mensch diese neue rechtsrechte Regierung nicht mag/will, sind vielfältig. Die Formen, dieses Nicht-Mögen/-Wollen zu artikulieren, sind ebenfalls sehr vielfältig und bunt. Allerdings beschränkt sich die Vielfalt auf die Ausdrucksformen, die sich in einem Kraftakt

Mitglieder der ethnischen Communities fehlen! Auf den (Wiener) Donnerstagsdemonstrationen sind sie vereinzelt Erscheinungen.

der Mobilisierung des kreativen Potentials der ÖsterreicherInnen zeigt; zumindest in Wien, zumindest auf den Donnerstagsdemonstrationen: Eine für Österreich neue, von Witz und Geist geprägte sogenannte Widerstandskultur ergießt sich auf die Straßen. Sogar Torten werden geworfen und verursachen eine große Aufregung!

Unabhängig davon, wie mensch zu all den Widerstandsbekundungen gegen diese rechtsrechte ÖVP/FPÖ-Regierung steht, ist eins auffällig: Mitglie-

In Wirklichkeit gibt es für uns MigrantInnen rein gar nichts, auf das wir hoffend warten könnten.

der der ethnischen Communities fehlen! Auf den (Wiener) Donnerstagsdemonstrationen sind sie vereinzelt Erscheinungen. In all den Mailing-Listen, E-Mail-Zeitungen oder Websites sind sie singuläre Erscheinungen.

Sag mir, wo die Tschuschen sind ...

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich sind Mitglieder von ethnischen Communities mehr oder weniger im sogenannten Widerstand gegen die Regierung aktiv. Aber sie bleiben singuläre Erscheinungen. Konnte die Ermordung von M. Omofuma noch ganze

Wenn wir keine AnwältInnen wollen, müssen wir selbst aktiv werden. Das kreative und intellektuelle Potential ist vorhanden.

Tausendschaften von Menschen mit schwarzer Hautfarbe zum Protest mobilisieren, ist die Community im Augenblick recht unsichtbar. Aber auch die anderen ethnischen Communities machen sich rar; sogar um die sonst sehr demonstrierfreudigen kurdischen Organisationen ist es

recht still geworden. Als Bevölkerungsgruppe scheinen wir TschuschInnen wieder einmal unsichtbar geworden zu sein!

Kann es sein, daß die augenblickliche politische Situation in Österreich die ethnischen Communities nicht betrifft? Daß sie die Entwicklungen nicht als etwas wahrnehmen, das auch sie angeht? Oder ist es halt ein österreichisches Problem, das die ÖsterreicherInnen bittendank auch ohne die MigrantInnen lösen sollen?

Die Schlange, die mich nicht beißt, soll tausend Jahre leben!

Wir brauchen nicht zu romantisieren: Auch vor dieser rechtsrechten Regierung hatten MigrantInnen in diesem Land nichts zu lachen. Die im europäischen Vergleich restriktivste MigrantInnen-Politik wurde unter sozialdemokratischen Regierungen und Ministern in Gesetze gegossen und umgesetzt. Fatalismus erscheint angebracht: Schlimmer kann es ja nicht kommen!

Aber vielleicht ist es ja auch nur Furcht: Jetzt geht es uns an den Kragen, am besten halten wir still! Herr, laß diesen Kelch an mir vorübergehen! Wenn wir diese Regierung nicht reizen, wird sie uns auch in Ruhe lassen!

Ist wirklich die Zeit der großen Stille angebrochen? Nun, warum sollte auch plötzlich jetzt, unter dieser rechtsrechten Regierung, die große Partizipation ausbrechen? Langsam begannen die ethnischen Communities sich in den letzten Jahren politisch zu Wort zu melden und ihre Rechte einzufordern. Die politischen Konzepte der „Gast-Arbeiter“, die begriffen zu haben schienen, daß sie und ihre Kinder in Österreich bleiben werden, also ihr Lebensmittelpunkt und ihre Zukunft hier und nicht in den Ursprungskulturen zu finden ist, orientierten sich immer mehr an der österreichischen Innenpolitik. Sie wurden immer sichtbarer, sie begannen sich einzumischen.

Diese doch relativ neue Entwicklung scheint nun abrupt beendet zu sein. Die ethnischen Communities scheinen sich wieder in ihre Schneckenhäuschen zurückgezogen zu haben, um ... abzuwarten? Erstmal schau, was sich da tut, dann werden wir weitersehen?

Warten auf Godot?

Wenn es tatsächlich eine Strategie des passiven Beobachtens und Abwartens ist: Worauf wird gewartet? Auf die Normalisierung der Zustände? Na danke, das kann's ja nicht sein! So toll war unsere Situation unter SPÖ-MinisterInnen auch nicht! Und Allah bewahre uns vor einer „Normalisierung“!

Warten auf die EU? Die werden es schon richten und aufpassen auf uns? Dreimal Allah bewahre: Ja, die werden es sich schon richten und einen Weg finden, um sich mit dieser von ihnen derzeit noch abgelehnten Regierungsbeteiligung der FPÖ zu arrangieren!

In Wirklichkeit gibt es für uns MigrantInnen rein gar nichts, auf das wir hoffend warten könnten. Zum einen werden MigrantInnen unter dem generellen Sozialabbau um eine Spur massiver erdrückt werden als ÖsterreicherInnen, denn auch vorher hieß es: Gleiche Pflichten, ungleiche Rechte! Zum anderen werden explizit MigrantInnen wahrscheinlich unter der Verschärfung der Politik gegen sie zu leiden haben.

Was sich aber bereits jetzt abzeichnet: Noch nie wurden Fremdenfeindlichkeit und Rassismus so offen und selbstbewußt zur Schau getragen wie in diesen Tagen! MigrantInnen bekommen nicht nur die Systemgewalt stärker zu spüren als je zuvor (siehe die Toten der letzten Wochen im Gewahrsam der Republik!), sondern ganz einfache BürgerInnen trauen sich offen (nicht nur verbal!) ihren Haß zu zeigen. Wie kann ein Leben in einem solchen Klima aussehen? Gar nicht: Es verkommt zu einem Über-Leben. Wenn es tatsächlich ums nackte Überleben, um die Existenz geht, bleiben auch die hohen politischen Ideale auf der Strecke. Aber wie kann mensch es jemandem verdenken: Wir haben nun mal nur ein Leben, das wir verlieren können!

Tu Felix Austria

Nein, wir MigrantInnen haben nicht viel zu lachen im Augenblick. Auch ich denke mir immer öfter: Jede/r bekommt die Regierung, die sie/er verdient. Vielleicht hat es Österreich wirklich verdient, daß Burschenschaftler in der Regierung sitzen; daß Männer, die eindeutig zur rechtsradikalen Szene zu rechnen waren und sind, als parlamentarische Mitarbeiter in den Gängen des Hohen Hauses herumwandern; daß ein Andreas Mölzer (siehe *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*) schamlos im staatlichen Fernsehen auftreten kann und Kulturreferent eines südlichen Landeshauptmanns sein darf. Vielleicht haben sie auch tatsächlich einen Bundeskanzler verdient, der sich selbst vergessen hat und ganz ungegeniert die Königskobra abbusselt. Armes Österreich, das sich von PolitikerInnen regieren läßt, die, um ihre Machtgelüste zu stillen, scheinbar zu allem bereit sind!

Die Gutmenschen

Es ist also absolut nicht verwunderlich, daß sich MigrantInnen zurückziehen und nicht in die „innenpolitischen“ Auseinandersetzungen einmischen. Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch noch die Gutmenschen. Ljubomir Bratić nennt sie treffend „Die HelferInnen“ – nachzulesen auf www.topone.at/tschuschenpower.html: Nicht einmal bei Organisationen wie SOS-Mitmensch (die ja aufgebrochen sind, um uns MigrantInnen zu befreien und uns zu unseren Rechten zu verhelfen) partizipieren MigrantInnen; zumindest nicht auf einflußreicher, politisch sichtbarer Position. Statt dessen belehrt uns G. Danzer, daß wir nicht mehr „Tschusch“ und „Neger“ sagen dürfen. Danke, genau das haben wir jetzt gebraucht!

Noch nie hatten wir MigrantInnen so viele AnwältInnen und FürsprecherInnen wie zur Zeit. Brav. Bürgerliche Töchter und Söhne sind barfußig und in zerrissenen Jeans ausgezogen, um uns zu unseren Rechten zu verhelfen. Toll. Das Engagement all dieser Menschen in allen Ehren: Aber sie haben unterwegs ein wesentliches Moment zurückgelassen, nämlich den Dialog mit den Betroffenen. Diese Haltung zeugt natürlich auch von einem gewissen, unbewußten Rassismus, nämlich daß MigrantInnen nicht in der Lage sind, ihre Anliegen auch selbst zu formulieren.

Jede/r bekommt die Gutmenschen, die sie/er verdient

Aber ich mache niemandem einen Vorwurf, wir haben ja selber Schuld! Allah gab uns eine Zunge, also benutzen wir sie auch. Wir MigrantInnen müssen aufwachen und uns aus unseren ethnischen Nischen hinaus in die breite Öffentlichkeit begeben. Oder aus unseren Elfenbeintürmen hinabsteigen in die Realität und Partei ergreifen: für uns selbst. Unsere eigenen Positionen artikulieren und sichtbar werden. Wenn wir keine AnwältInnen wollen, müssen wir selbst aktiv werden. Das kreative und intellektuelle Potential ist vorhanden; wir müssen vielleicht nur unsere Bequemlichkeit oder Furcht (oder beides) über Bord werfen und aufstehen: Hier sind wir, und – hört! hört! – wir können sogar Deutsch, wir können sogar Forderungen aufstellen!

TschuschInnen: Hört die Signale!

Auf den Wiener Donnerstagsdemonstrationen erscheinen seit kurzem immer wieder Transparente, auf denen zu lesen ist: „Jetzt erst recht! – TschuschenPower“ oder „Schluß mit Kuscheln, wir wollen Sex! – TschuschenPower“. Herr Danzer wird ob solcher Engleisungen sicher sehr böse: TschuschenPower, wie kann mensch nur!

Tatsächlich hat sich eine Initiativgruppe gebildet, die sich doch tatsächlich provokant und selbstbewußt TschuschenPower (tschuschenpower@hotmail.com) nennt. Da formieren sich still und langsam MigrantInnen, die entdeckt haben, daß sie jenseits von Folklorisierung und Gastarbeiter-Gejammer eine Stimme haben, frech und unkonventionell auf eine Bevormundung durch die Gutmenschen verzichten wollen und statt dessen versuchen, ihre eigenen Positionen zu erarbeiten und zu kommunizieren. Keine Revolution, nein, sondern ein klares „Hier sind wir, sichtbar, unübersehbar!“. Vielleicht nicht der Schlüssel zur Lösung gegenwärtiger Probleme, aber ein möglicher Weg im Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Bevormundung.

Und genau darum geht es, bei ÖsterreicherInnen und MigrantInnen gleichermaßen: aufzustehen und die Stimme zu erheben, den Stift zu schwingen, die Füße marschieren zu lassen. Die Formen sind mannigfaltig. Nur tun müssen wir etwas. Das ständige Jammern und Lamentieren hat uns nichts gebracht, kompetente Aktion ist gefragt, das Engagement von jeder/m von uns. Und gerade jetzt, dringender und wichtiger als vielleicht je zuvor, müssen wir MigrantInnen uns formieren und erheben. Usw.

Aufmerksamen LeserInnen der STIMME, die meine Texte kennen, wird es nicht entgangen sein: Schwingt da ein neuer, aggressiver Ton mit? Ein Rundumschlag? Aufruf zum Kampf? – Die Antwort ist um vieles einfacher: Es ist die Müdigkeit. Einen Schritt vor, drei Schritte zurück. Vielleicht ist es an der Zeit, einfach mal zwei Schritte auf einmal nach vorne zu machen.

Oder aber der Gedanke, dieses Land zu verlassen, der mir in letzter Zeit immer öfter durch den Kopf schwirrt. Aber nein: TschuschenPower heißt die neue Lösung. Hier sind wir, hier bleiben wir! Wie singen die dummen Gören gerade in den Charts: „Wir sind die Zicken der Nation, ihr werdet uns nicht mehr los!“

In diesem Sinne:

TschuschInnen: Hört die Signale! – Auf in den Kampf! Es gibt viel zu tun. Packen wir es selber an!



DER GRÜNE VON ERWIN RIESS

Grolls Freund, der Grüne, folgte einem geordneten Tagesplan. Schlag neun sprang er aus dem Bett, duschte kalt, lief dann vors Haus, absolvierte neben dem Kremserfluß eine Serie von immergleichen Turnübungen, las danach eine halbe Stunde Hölderlin und übte schließlich für den Rest des Vormittags Liszt-Stücke auf dem Klavier. Die Saiten hatte er mit Decken und Polstern abgedeckt, damit die Wirtin, eine altkatholische Priesterin, und ihr Lebensgefährte, ein ehemaliger englischer Kolonialbeamter, den eine Laune des Schicksals nach Krems verschlagen hatte, nicht aufgeweckt wurden. Mister Simpson liebte es, lange zu schlafen und danach ausgiebig in der Wirtsstube zu frühstücken, worauf er sich wieder zu Bett begab, um für den nachmittäglichen Heurigenbesuch Kräfte zu sammeln. Grolls Freund hatte großen Respekt vor Mister Simpson; obwohl er kein Wort Englisch und Mister Simpson kein Wort Deutsch sprach, erkannte er in ihm einen Wesensverwandten und tat alles, ihn in seiner Altersbeschaulichkeit nicht zu stören. Manchmal brachte er Mister Simpson von seinen Naturausgängen Gräser mit, die er sämtlich mit lateinischem Namen herzusagen wußte. Nur um eine Pflanze machte Grolls Freund einen Bogen, um das Gemeine Berufskraut. Hin und wieder schenkte er Mister

Simpson auch Insekten im Glas, wie die Gemeine Rinderbremse „*Tabanus Bovinus Maximus*“ oder eine der beiden in der Wachau vorkommenden Gelsenarten. „*Crysops Tsegutiens*“, sagte Grolls Freund, der Grüne, bevor er die Gelse mit einer schnellen Handbewegung fing oder „*Edes Communis*“, und es war für jeden offensichtlich, daß er sich herzlich über die Begegnung mit den Stechflüglern freute.

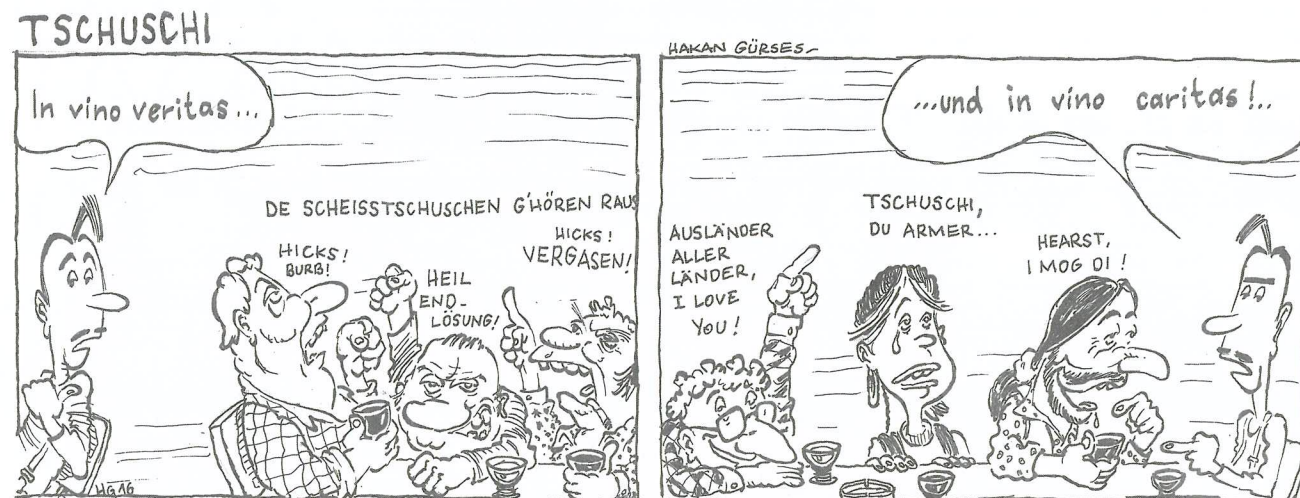
Nachmittags ging der Grüne seiner Passion nach: Er liebte es, in der Gegenwart arbeitender Menschen zu schlafen. Er radelte das Kremstal hinauf, nahm vor Senftenberg eine Forststraße Richtung Sandl und kletterte mit großer Ernsthaftigkeit die Kehren empor. Weil er seinen Körper von Arbeit fernhielt, mutete er ihm gern sportliche Höchstleistungen zu. War er dann auf einem Höhenrücken oberhalb der Wachau angekommen, suchte er einen Blick auf das Band der Donau tief unten zwischen den Sandsteinfelsen Dürnsteins und den Granitblöcken Arnsdorfs zu erhaschen. Danach bereitete er sich auf ein Schläfchen am Waldrand vor. Die Erfahrung hatte ihn gelehrt, daß es nicht lange dauerte, bis Waldarbeiter auftauchten oder ein Traktor über die steilen Felder kroch. Wenn der Landmann seinem Tagwerk nachgeht, ist es gut ruhen, sagte sich

Grolls Freund, der Grüne, und schlief tief und fest, bis ein kühler Windhauch ihn daran erinnerte, daß die Dämmerung nicht mehr fern war. Er schüttelte den Schlaf aus den Augen, schwang sich aufs Rad und fuhr in halsbrecherischem Tempo zur Donau ab.

Unter den Kremser Bürgern galt Grolls Freund als arbeitsscheu. Dennoch war er bei ihnen gelitten, weil er sich nie zu schade war, bei Entrümpelungen zu helfen oder für ein Sommerfest Holzbänke zu schleppen. Auch geizte er nicht mit seinem botanischen Wissen, was die Kremser Spießer immer aufs neue beeindruckte. Als irgendwann in den achtziger Jahren ein unternehmungslustiger Uhrmachermeister die Grüne Partei in Krems gründete, zog Grolls Freund bald in den Gemeinderat ein. Er erfreute sich eines ausgezeichneten Rufs. Nie machte er einen Zwischenruf, selten mischte er sich in politische Streitigkeiten ein. Wenn er aber die Stimme erhob, sei es um ein Hölderlin-Gedicht vorzutragen oder die Besonderheit dieser oder jener Pflanze zu preisen, der durch dieses oder jenes Bauvorhaben der Garaus gemacht werden sollte, erntete er amüsiertes Kopfnicken. Grolls Freund stieß sich nicht daran. Er dachte in geologischen Zeitspannen.

CARTOON

Dieser Cartoon erschien im Jahr 1991 als Folge der Serie „Tschuschi“ im – nicht mehr erscheinenden – „Salto“. Da seine Aktualität befremdlicherweise auch unter den neuen politischen Verhältnissen ungebrochen weiter besteht, wollten wir ihn wieder veröffentlichen. (red)



Gerald Kurdoğlu Nitsche
Graf 135
A-6500 Landeck

an Johanna Caferoğlu-Visotschnig,
Lehrerin am Österreichischen St. Georgskolleg in Istanbul
Ende Mai 2000

LIEBE JOHANNA,

wenn Du heuer im Sommer Istanbul endgültig verläßt, wird man Dich öfters fragen, mit welchen Gefühlen Du Abschied nimmst; Dir wird die Antwort (und wohl auch der Abschied) wahrscheinlich noch schwerer fallen als mir, weil Du engere Bindungen hast als ich, aber Tayar, Deine engste Verbindung zur Türkei, begleitet Dich ja.

Unser großes gemeinsames Anliegen müssen wir beide allerdings unfertig zurücklassen, das Hilfsprojekt für die Erdbebenopfer, für das Du Dich so sehr einsetzt, den Neubau der Volksschule von Kiliçköy. Das geht aber auch aus der Ferne: Ich kann Dir berichten, bei meinem Vortrag über Istanbul und dem berühmten „Strudltag“, dem Treffen ehemaliger Lehrer und Schüler von St. Georg, in Innsbruck, nützte ich die Gelegenheit, unser Projekt und meinen Beitrag vorzustellen. Du kennst ja meine Studien von der Blauen Moschee, damit bereite ich jetzt einen mehrfarbigen (natürlich muß blau dabei sein!) Siebdruck vor (nummeriert, signiert, Auflage: 100) und biete die Grafik als Bausteinaktion um 1.500 ATS an. Bisher haben schon 20 subskribiert, es läuft also recht gut an.

Die Zusammenarbeit mit Dir, ein blöder Ausdruck dafür, was wir alles mit so großem Spaß angezettelt haben, war ja auch im Sprachlichen, Deine/Eure/unsere Übersetzung von den Gedichten Celâlbeys, und als wir nach dem Vokabel „Meeresleuchten“ suchten, und dann die Lesung; das war doch was?!

Aber auch hier in Österreich muß man sich nicht von der türkischen Literatur verabschieden, im Unionsverlag erscheint türkische Literatur übersetzt. Wenn man aber deutschsprachige türkische Literatur sucht, dann – ja, das gibt's auch! Die prominenteste Autorin in diesem Genre ist Emine Sevgi Özdamar, die 1991 den Bachmann-Preis

gewonnen hat; Du hast sie ja am St. Georgskolleg kennengelernt – bei uns an der Schule heuer sogar eine Spezialfrage bei der Matura in Deutsch, das würde sie amüsieren, sollte ich ihr fast mitteilen! Leider hatte ich nicht bei der Premiere von „Karagöz in Alamania“ in Innsbruck das Glück, sie zu treffen, aber ich hab das Stück gesehen.

1965 war Özdamar für zwei Jahre als Fabrikarbeiterin nach Alamania/Deutschland gekommen. Über diese Zeit, aber auch ihr politisches Engagement, natürlich links, in den unruhigen 70er Jahren, erzählt auch ihr autobiografischer Roman *Die Brücke vom Goldenen Horn*, deutsch geschrieben. 1967-1970 besuchte sie eine Schauspielschule in Istanbul, emigrierte aus politischen Gründen 1976 nach Deutschland, arbeitete als Regisseurin und Schauspielerin in Ostberlin an der Volksbühne, in Bochum, Paris, Frankfurt und München und beim Film. Ihre Erfahrungen aus der „Gastarbeiterzeit“ kommen im „Karagöz“ (berühmte Figur des türkischen Puppentheaters) zu Wort und auch andere Themen, z. B. die Rolle der Frau in der Gesellschaft, speziell in der türkischen. Die Besetzung am Innsbrucker Kellertheater wie das Stück interkulturell, SchauspielerInnen aus der Türkei mit Wohnort Wien, Südtirol, ein Afrikaner und eine Innsbruckerin, beide wohnhaft in Innsbruck, Regie: Johannes C. Hoflehner, Bühnenbild: Bertrand Mackowitz, ebenfalls mit langjähriger Türkeierfahrung. „Karagöz“ (1982 geschrieben) ist kein Kolaric-Problem-Bewältigungs-Stück, wenn auch diese Thematik im Vordergrund steht und den Rahmen schafft. Es ist ein Märchen, eine Parabel, eine Allegorie, eine Sammlung von Volkssprüchen und Sprichwörtern, ein originelles türkisch(ch) geblühtes Deutsch, Poesie und breite Alltags- und Volkssprache, ein erfrischender, poetischer Beitrag für die deutsche Literaturgeschichte aus einer ganz unerwarteten Ecke, aus der der Migration, und ein mit

den aus dem Alltag der Gastarbeiter vermischt, deklinierten, konjugierten deutschen Fachausdrücken: Fremdenpolizei, Erlaubnis, Arbeitsamt, Krankenschein, Scheiße ... und Heimweh, aber das gibt es auch auf türkisch, und einen klugen Esel, der sprechen kann, ein richtiger Philosoph, und sogar Marx zitiert, einen Urverkäufer, viel Kummer und Leid, Lachen und Weinen und die Deutschlandtüre, die so viel Glück, ja Reichtum verspricht und sich nicht so leicht jedem auftut, und wenn sie sich öffnet, der alten Heimat entfremdet und auch da fremd bleibt. Selbst Emine Sevgi Özdamar, die der deutschen Literatur so erfolgreich türkische Bildfreude geschenkt hat, erlebt sich selbst etwas entfernt von ihrer Muttersprache, weil sie unbewußt deutsche Redewendungen ins Türkische überträgt: „In meiner Sprache heißt Sprache Zunge; Zunge hat keinen Knochen, wohin man sie dreht, dreht sie sich dorthin“ (aus Mutterzunge, einem weiteren Werk der Adalbert-von-Chamisso-Preisträgerin von 1999, mit dem deutschsprachige Literatur von Autoren fremdsprachiger Herkunft ausgezeichnet wird).

Liebe Johanna, es wäre noch so viel zu erzählen, aber das heb' ich fürs nächste Mal auf: meine Fahrt nach Bosnien in den Osterferien und über eine besondere Initiative von und für Obdachlose, die Zeitschriften der „20er“ in Innsbruck und den Wiener „Augustin“. Kolay gelsin!

Dein Gerald Kurdoğlu

P. S.: Sollte sich jemand von den STIMME-Lesern für das Projekt Kiliçköy interessieren, so gibt es eine Homepage des St. Georgskollegs: <http://www.sg.edu.tr/gemeinde> oder eine E-Mail-Adresse: gemeinde@sg.edu.tr Interessenten für die Bausteinaktion Druckgrafik „Blaue Moschee“ können zur Bestellung nitsche.g@tirol.com oder meine Adresse auf dem Briefkopf verwenden.



DIE DEUTSCH-ITALIENISCHE MÜNZE MIT LADINISCHER POLITUR VON MARGRET OBERHOFER

Unter dem relativ holprigen und schwer-
verdaulichen Diplomarbeitstitel „Sprache
und Identität bei deutschsprachigen Süd-
tirolerInnen. Fallstudie zum Stellenwert
von Sprache im Identitätskonzept von
Südtiroler Studierenden in Österreich“
kann man sich wohl schwer etwas Kon-
kretes vorstellen.

Zu den Rahmenbedingungen

Anders, und einfacher ausgedrückt, gab
es in der von mir verfaßten Studie zwei
Untersuchungsschwerpunkte: Der erste
befaßt sich mit der ethnischen Identität
bzw. den Merkmalen, die identitätsstiftend
sein können. In zwei Pretests ermittelt,
waren es für Südtirol folgende Kategorien,
die sich als wichtig für die persönliche
Identität herausstellten: Wirtschaft, Religion
bzw. Kirche, „Volkskultur“, Politik, Her-
kunft und Geschichte, gemeinsame Werte
und das Bild von Südtirol.

Der zweite und eigentliche Unters-
uchungsschwerpunkt der Arbeit lag jedoch
beim Stellenwert der Sprache im Identitäts-
konzept der Studierenden. Sprache ist mit
Bewertung und Macht verbunden, ist ein
Kommunikationsmittel, auch unverkenn-
barer Ausdruck von Zugehörigkeit und
Erfahrungsspeicher einer Gemein-
schaft. Daß dieses Identitätsmerkmal in
Südtirol eine besondere Stellung ein-
nimmt, liegt – wenn man die Geschichte
des Landes kennt – auf der Hand.

Befragt wurden in dieser qualitativen
Untersuchung neun Südtiroler Studie-
rende unterschiedlicher Fachrichtungen
in Graz, Innsbruck und Wien. Wichtig war
mir dabei, einen ausgewogenen Männer-
Frauen-Anteil sowie eine gleiche Stadt-
Land-Verteilung zu gewährleisten.

Es würde den Rahmen dieses Arti-
kels sprengen, würde man nur annähernd
auf alle identitätsstiftenden Kategorien
eingehen. Aus diesem Grund sollen hier
die Auswertungen in bezug auf die Iden-
tität und Sprache in den Vordergrund ge-
stellt werden.

Zu den Ergebnissen – die Gretchen- frage und ihre Auswirkungen

Eine der häufigsten Fragen, die man im
Leben gestellt bekommt, ist wohl: Wo-
her kommst du? Eine an sich recht ba-
nale Frage. Doch für die Südtiroler und
Südtirolerinnen ist sie nicht so einfach zu
beantworten. „Sag, wie hältst du es mit
deiner Herkunft?“ lautet die Gretchen-
frage, die eine klare Zuordnung zu einem
Staat fordert. Antwortet man mit „Italien“,
wird man meistens auf den Akzent im Ita-
lienischen oder das für angebliche „Nicht-
muttersprachlerInnen“ ungewöhnlich
gute Deutsch angesprochen. Und schon
funktioniert das gewohnte Frage-Antwort-
Schema nicht mehr, und man findet sich
inmitten von Erklärungen und Rechtferti-
gungen wieder. Die Interviews haben ge-
zeigt, daß die Befragten diese teilweise
schon präventiv dazugeben, wenn sie in
die Schatzkiste der Identität greifen. Ob
sie sich nun in der konkreten Situation
als ItalienerInnen, ÖsterreicherInnen,
SchweizerInnen, Deutsche oder spezifi-
scher als SüdtirolerInnen, TirolerInnen
oder WienerInnen bezeichnen, hängt
vom jeweiligen Gegenüber ab. Je besser
man den anderen, die andere kennt, de-
sto eher werden Details erörtert. Im
großen und ganzen empfinden die Stu-
dierenden es jedoch als „mühsam“ und
„kompliziert“, die Gegebenheiten im
Land immer wieder erklären zu müssen.

Warum ist es für die SüdtirolerInnen so
schwierig, sich einfach als ItalienerInnen zu
bezeichnen und sich dieser kollektiven
Identität zuzuordnen? Was fehlt ihnen, um
ein „richtiger“ Italiener, eine „richtige“ Ita-
lienerin zu sein? Die Antwort auf diese kom-
plexe Frage ist einfach: die Sprachkompe-
tenz. Einwandfreie Sprachkenntnisse
sind den Interviews zufolge und im Ge-
gensatz zu Frederic Barths Theorie zur Or-
ganisation sozialer Gruppen¹ doch Vor-
aussetzung für das Gefühl, sich als
„wahre“ StaatsbürgerInnen zu fühlen. Da-
bei berufen sich die Befragten auf ein Kon-
zept, das *einen* Staat mit *einer* Sprache
gleichsetzt und darin das einzige sowie
auch einwandfrei zu beherrschende Kom-
munikationsmittel sieht. Sprache hat also
nicht nur integrierende, sondern wie in die-
sem Fall auch ausschließende Funktion.

„Da spreche ich absichtlich Deutsch ...“

Ein Grund für die mangelhaften Itale-
nischkenntnisse ist der geringe Kontakt
zwischen den Sprachgruppen. Auch die
GesprächspartnerInnen aus den Städten
mit hohem ItalienerInnenanteil hatten in
ihrer Kindheit und Jugend kaum Gelegen-
heit, die Zweitsprache im Alltag zu ge-
brauchen. Man lernte Italienisch in der
Schule, hörte es im Radio bzw. Fern-
sehen und las vielleicht italienische Zeitun-
gen; doch nur selten bot sich die Gele-
genheit, die Sprachkenntnisse in länge-
ren Gesprächen zu vertiefen. Trotz des
Autonomiestatus – „jener große zivilisa-
torische Fortschritt, der die Sorge um das
Gemeinwohl den Gruppenegoismen
überordnet“² – wuchsen die Befragten
in einer Realität auf, in der von Kindheit
an ethnisch getrennt und Binnenkommuni-
kation innerhalb der eigenen Gruppe ge-
fördert wurde.

Diese Trennung, die eine Ausein-
andersetzung mit den jeweiligen Anderen
verhindert, führt auch dazu, daß die Spra-
chenfrage in Südtirol so emotional belas-
tet ist. Für Außenstehende oft unver-
ständlich, ist es für SüdtirolerInnen (be-
wußt oder unbewußt) nicht unbedeutend,
in welcher Sprache etwas gesagt wird.
Es ist, wie die Sprachwissenschaftlerin
Ruth Wodak betont, „niemals gleichgül-
tig, wie man mit wem spricht und wü-
ber wann und wo gesprochen wird“³, und
besonders in Südtirol nicht. Sprache
wird, wie Barth betont, neben Kleidung
und Lebensstil als offenes Symbol der
Zugehörigkeit eingesetzt. Für Unbetei-
ligte sind Aussagen wie „Da spreche ich
absichtlich Deutsch“ oder „Das habe ich
jahrelang auf italienisch bestellt und jetzt
bestelle ich es auf deutsch“ rational kaum
erklär- und erfaßbar.

Schmarotzer oder das zehnte Bundesland?

Dieses Verhalten kann nicht nur als spon-
tane Reaktion eines einzelnen ausgelegt
werden, sondern ist auch Ergebnis einer
unbewußten Beeinflussung durch die ge-
schichtlich relevanten Ereignisse der je-
weiligen Ethnie. Für Südtirol stellen die An-
nexion 1919, der Faschismus mit seiner
Italianisierungspolitik, die Option 1939 so-
wie die sogenannten Bombenjahre Anfang
der sechziger Jahre die historischen Mei-
lensteine dar. Diese Ereignisse wurden –
mehr oder weniger verzerrt – tradiert und
nehmen im kollektiven Gedächtnis einen
wesentlichen Stellenwert ein.

Die Geschichte beeinflusst auch die
ambivalente Beziehung zu Österreich.
So sind einerseits die historischen und
kulturellen Verbindungen zum Nach-
barstaat im kollektiven Gedächtnis des
Landes immer noch von Bedeutung. Auf
der anderen Seite haben jedoch vor al-
lem die jüngeren SüdtirolerInnen Pro-
bleme damit, eine Beziehung zu Öster-
reich herzustellen. Spätestens beim
Studienaufenthalt in Österreich beme-
ken sie, daß sie sich nicht zuletzt durch
die Erfahrungen mit der zweiten Spra-
che und Kultur von der ÖsterreicherIn-
nen unterscheiden und aus diesem
Grund eine eindeutige Identifikation
nicht möglich ist.

Zu der persönlichen Entscheidungs-
problematik kommt noch die äußere, d. h.
gesellschaftliche Dimension hinzu. Denn
auch die Beurteilungen von außen beein-
flussen das Bewußtsein der Gruppe von
sich selbst. In den Interviews berichten
die Studierenden von meist extrem ablehnen-
den (die SüdtirolerInnen als „Schmarotzer“
in Österreich) oder aber extrem wohlge-
sinnten Reaktionen („Südtirol, das zehnte
Bundesland“) der ÖsterreicherInnen.

Ein Ausweg aus diesem Zugehörig-
keitsdilemma könnte die europäische
Identität sein. Der Großteil der Ge-
sprächspartnerInnen sieht in der Europä-
ischen Union auch tatsächlich eine Alter-
native für die Identitätsfrage, da die Gren-
zen offener werden und mehr Austausch
möglich ist sowie ethnische Denkmuster
in den Hintergrund treten.

Der Dialekt – die heimliche Muttersprache

Wie eingangs erwähnt, ist die zentrale
Fragestellung dieser Diplomarbeit jene
nach dem Stellenwert von Sprache im Iden-
titätskonzept der Studierenden. Da, wie
oben angeführt, die mangelhafte itale-
nische Sprachkompetenz den Zugang zum
Kollektiv der „richtigen“ ItalienerInnen
verhindert, müßte nun theoretisch Deutsch
als Muttersprache der Befragten die Iden-

titätsstifterin sein. Doch auch hier ist die
Sache nicht so einfach. In Südtirol ist der
Dialekt die omnipräsente Sprachvariante,
die im persönlichen, im halböffentlichen
und sogar im öffentlichen Bereich ver-
wendet wird. Er ist die Sprachvariante, in
der man sozialisiert wurde und sich hei-
misch fühlt. Hochdeutsch hingegen wird
in den Interviews immer als etwas Fremd-
artiges bezeichnet. Fast alle Interview-
partnerInnen haben Probleme damit, sich
mühselos in Hochdeutsch auszudrücken.
Man stellt fest, daß das eigene Deutsch
nicht „schön“, „präzise“ oder „richtig“ ge-
nug ist. Dabei setzen sich die Interview-
partnerInnen dem Druck aus, daß man als
Mitglied einer Sprachgruppe diese auch
einwandfrei und gemäß der Norm zu be-
herrschen hat. Beschreibungen wie
„Sprachstotterer“, „sprachbehindert“ oder
„sich blöd vorkommen“ bezeugen dieses
Gefühl der Unsicherheit.

Gemäß der Theorie des symbolischen
Interaktionismus und seinen wichtigsten
Vertretern George H. Mead, Anselm
Strauss und Erving Goffmann gibt es zwei
Gründe dafür, daß das Hochdeutsche in
Südtirol nicht identitätsstiftend sein kann:
Beim Spracherwerb lernt das Individuum
nicht nur die Bedeutung der verbalen Zei-
chen, sondern auch die Werte und Ein-
stellungen einer Gesellschaft. Diesen, die
soziale Identität formenden Prozeß haben
die InterviewpartnerInnen im Dialekt voll-
zogen. Ferner wird in den Interviews im-
mer wieder betont, daß eine Interaktion in
Hochdeutsch nicht immer reibungslos ab-
läuft und das Gefühl der Behinderung evo-
ziert. Eine Sprache, in der die Interaktion
gestört ist, kann auch nicht voll identitäts-
stiftend sein. Damit eine Sprache Identität
stiften kann, muß neben der Kenntnis (so-
wohl der Grammatik, als auch des rich-
tigen Registers) zudem noch das Wissen
vorhanden sein, einer speziellen Sprach-
gemeinschaft anzugehören. Diese beiden
Bedingungen erfüllt nur der Dialekt.

Die deutschsprachigen Südtiroler- Innen: „besonders“ und „anders“

Die Erkenntnis, einer bestimmten Sprach-
gemeinschaft anzugehören und gewisse
gemeinsame Bewertungskriterien, An-
sichten sowie Wahrnehmungsmuster zu
haben, stiftet wiederum ein Wir-Gefühl.
Diese von allen InterviewpartnerInnen be-
stättigte Empfindung tritt in verschiedenen
Ausformungen – von der totalen Abschot-
tung bis hin zu einem undefinierten Ge-
fühl, anders zu sein – auf. Als Grund dafür
wird, wie es auch Mead als Vertreter des
symbolischen Interaktionismus anführt,
die Vertrautheit unter den Gruppenmit-
gliedern angegeben. Die Vertrautheit zeigt
sich sowohl im Sprachlichen (man kann in

seinem Dialekt reden und muß sich nicht
verstellen) als auch in der gemeinsamen
Herkunft und Sozialisation (dieselbe Aus-
bildung, dieselben Erfahrungen und Vor-
aussetzungen gerade auch mit der zwei-
ten Kultur, die gemeinsamen Wurzeln).

All diese Faktoren führen dazu, sich
als etwas „Besonderes“ oder „Anderes“
zu definieren. Gedeihen kann dieses
Gefühl bereits im eigenen Land, da es
politisch gehegt und gepflegt wird. Der
Schritt ins Ausland führt einerseits dazu,
daß die Sachlage mit mehr Distanz be-
trachtet werden kann, aber andererseits
dazu, daß der besondere Status Südti-
rols verstärkt thematisiert und ins Be-
wußtsein gerückt wird.

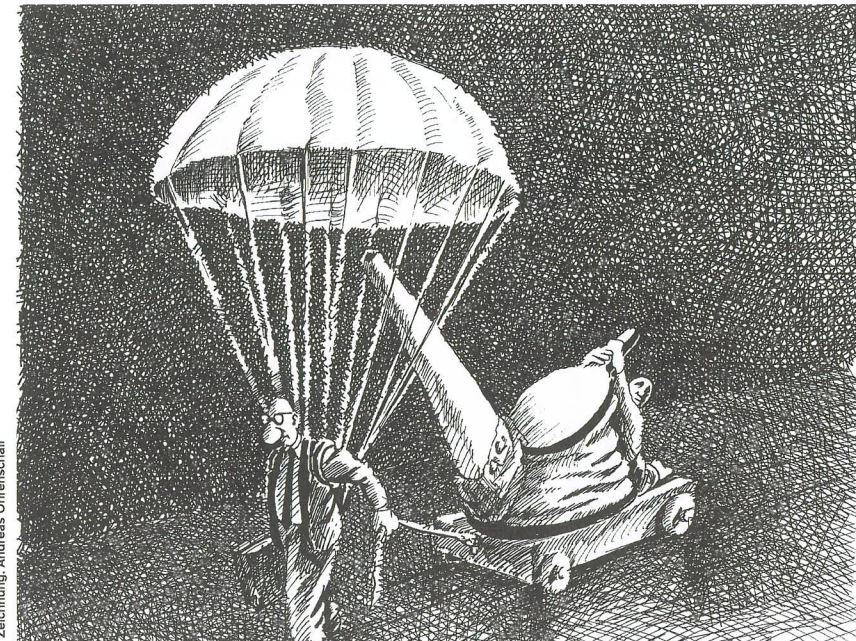
Das Paradies mit Schattenseiten

Ein Auslandsaufenthalt verändert auch die
Vorstellung von Südtirol. Spontan befragt,
zeichnen die InterviewpartnerInnen ein
idyllisches Bild mit grünen Wiesen, hohen
Bergen und sonnigem Klima. In den In-
terviews wird teilweise das Paradies auf
Erden für GenießerInnen und SportlerIn-
nen heraufbeschworen.

Keinen Platz in der offiziellen Post-
kartenidylle gibt es einigen Befragten
zufolge jedoch für die unbequemen Sei-
ten des Landes, wie für den omnipräs-
enten Alkoholismus, die hohe Suizid-
rate und die Diskreditierung jeglicher
Normabweichungen durch die alles
überwachende Gemeinschaft. Eher re-
signierend und pessimistisch sind auch
die – in den Interviews eindeutig als ne-
gativ ausgelegten – Werte, die dem
Land zugesprochen werden: konservativ,
reaktionär, verschlossen, katholisch,
ein Land, in dem es schwer ist, Verän-
derungen durchzubringen, und dessen
Bevölkerung ein gewisses Demutsver-
halten an den Tag legt. Zudem werden
die SüdtirolerInnen auch fast schon my-
stifizierend als einfaches, fleißiges Land-
volk bezeichnet, das noch ein gewisses
Recht-und-Ordnungs-Prinzip hat und
immer funktioniert.

Wenn diese letztgenannten Aussagen
im ersten Moment auch eher nach tradi-
tionellen, unveränderten und uneinsichti-
gen Anschauungen klingen, die nur die ei-
gene Sprachgruppe wahrnehmen, so hat
sich bei den jüngeren SüdtirolerInnen
auch eine zweite Realität in das Bewußtsein
geschoben. Und diese Realität, ausgedrückt
in einem Interview, zeigt, daß sich doch
etwas verändert hat: Südtirol „ist wie eine
Münze [...] Eine Seite ist Italienisch, die
andere Seite ist Deutsch. Alles gehört zu-
sammen.“ Dem wäre nur noch hinzuzu-
fügen, daß die Politur Ladinisch ist.

Margret Oberhofer ist Deutsch- und
Geschichtslehrerin in Wien.



Zeichnung: Andreas Ohrenschild

¹ Vgl. Harald Haarmann: Kriterien der ethnischen Identität. In: Language Problems and Language Planning. Vol. 7, Nr. 1, Amsterdam: John Benjamins Publishing Company 1986, S. 21 - 41.

² Siegfried Baur / Irma von Guggenberg / Dietmar Larcher: Zwischen Herkunft und Zukunft. Südtirol im Spannungsfeld zwischen ethnischer und post-nationaler Gesellschaftsstruktur. Ein Forschungsbericht. Meran: Alpha & Beta 1998, S. 239.

³ Vgl. Klaus Boerge Böckmann u. a.: Zweisprachigkeit und Identität. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 1988.

„STATEMENT DER WOCHE“ MIT JOHANNA DOHNAL
VON INGRID HEMETEK

Nach der Nationalratswahl im Oktober 1999 haben wir, das Team von Radio Stimme, uns entschlossen, eine regelmäßige Rubrik mit dem Namen „Statement der Woche“ zum fixen Bestandteil unserer Sendung zu machen. Unsere Idee war, verschiedene politisch interessierte oder engagierte Personen nach ihrer Meinung zu fragen, nach ihren Gedanken angesichts des uns allen bekannten Wahlausgangs und nach den Konsequenzen, die diese Personen daraus ziehen. Im Zuge dieser Rubrik konnten wir die ehemalige Frauenministerin Johanna Dohnal für ein Interview gewinnen.

Johanna Dohnal war von 1979 bis 1990 Frauenstaatssekretärin und von 1990 bis 1995 die erste Frauenministerin Österreichs. Wir führten das Interview mit Frau Dohnal kurz nach der Angelobung der neuen Regierung im Februar 2000.

„Die SPÖ hat sich selber zu analysieren und anzuschauen, warum dieser kontinuierliche Verlust war, der letztendlich dazu geführt hat, daß die Mehrheitsverhältnisse anders geworden sind.“

Die ersten Gedanken

„Meine ersten Gedanken? Zunächst war da eine große Enttäuschung, weil ich bis zum Schluß gehofft hatte, daß der Bundespräsident eine andere Lösung wählen würde. Dann war es aber klar – ich meine, das waren dann nicht mehr erste Gedanken, sondern ich wußte ja schon vorher, warum eine Regierung in

dieser Zusammensetzung so fatal werden würde für die Österreicherinnen und Österreicher. Unabhängig von dem Gesellschaftsbild, das diese Parteien propagieren (und das die ÖVP schon lange propagiert – mit denen waren wir ja auch sehr lang in der Regierung): Was bedeutet eine Regierung mit dieser FPÖ? Das war ja kein normaler Regierungswechsel. Ich habe die Sozialdemokraten all die Jahre begleitet, war viele Jahre auch maßgeblich mitten drinnen; natürlich ist es schmerzlich. Die SPÖ hat sich selber zu analysieren und anzuschauen, warum dieser kontinuierliche Verlust war, der letztendlich dazu geführt hat, daß die Mehrheitsverhältnisse anders geworden sind. Also das waren meine ersten Gedanken“, so Dohnal damals.

Eine Chance in der Opposition hätte die SPÖ, laut Johanna Dohnal, nur dann, wenn diese Partei ihre Position verdeutlicht und nicht wie bisher den Kom-

promiß als sozialdemokratisches Gedankengut präsentiert. Man hat viel zu sehr auf den neoliberalen Wirtschaftskurs umgeschwenkt und dabei vergessen, wer die Interessen der Menschen wahrnehmen soll. Die Zukunft für die SPÖ sieht Dohnal im Weg Mitte-Links.

Die Politisierung und ihr Preis

In den letzten Jahren hatte sich ein politisches Desinteresse gerade unter den jungen Menschen breitgemacht; die Angelobung der neuen Regierung hat das verändert. Es ist zu einer starken Politisierung gekommen, die sich vor allem in den (damals beinahe täglich stattfindenden) Demonstrationen zeigt. Dazu Dohnal:

„Es ist wahr, daß es zu einer Politisierung gekommen ist; allerdings ist der Preis dafür zu hoch, und dies wäre nicht der einzige Weg gewesen, daß es zu einer Politisierung kommt. Meines Erachtens ist diese Rückdrängung des Politischen ein Prozeß von vielen Jahren (er-

setzte ja nicht erst in der letzten Legislaturperiode ein, ich bemerke ihn schon seit mehreren Jahren): die Verteufelung der Politik, die Konzentration auf die von Wirtschaftsmächten vorgegebenen Phrasen wie ‚schlanker Staat‘, bis hin zur Privatisierung, Entsolidarisierung ... Alles Positive – ich meine etwa das Wort ‚Reform‘, das meine Generation immer als etwas Positives empfunden hat – ist auf einmal ins Gegenteil verkehrt worden, und dadurch hat auch diese Entpolitisierung eingesetzt. Also wie gesagt: Die Politisierung ist gut, aber der Preis ist zu hoch.“

Mit der neuen Regierung wurde das Frauenministerium abgeschafft. Welche Folgen dies für die Frauen in Österreich hat, formulierte Frau Dohnal damals so: „Ich will es nicht aufhängen am Frauenministerium; denn die ÖVP und die FPÖ haben klar ausgedrückt, um was es geht – mit der blumigen Formulierung ‚für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft‘. Es ist völlig klar; die Frau als Individuum, als eigenständiger Mensch, hat keinen Stellenwert, ist nicht Zielbestimmung, ist nicht Staatszielbestimmung. Das hatten wir in Österreich in einem doch zunehmend effizienten Ausmaß ab 1979, mit allen Schwierigkeiten und mit allen Mißerfolgen, aber auch mit sehr vielen Erfolgen; und das ist genau das Frauenbild, das die ÖVP und ihre Koalitionspartnerin nicht wollen. Ich sage es jetzt ganz vereinfacht: Das Frauenbild dieser Parteien sieht folgendermaßen aus: die Frau als Gebälerin, als Kinder- und Männerbetreuerin, als billige Verschiebemasse am Arbeitsmarkt (solange gewünscht, als sie eben billig bleibt), weg als Konkurrentin in den besseren Positionen – letztendlich als

Dienerin am häuslichen Standort, am wirtschaftlichen Standort und am gesellschaftspolitischen Standort.“

Die Zukunft der Frauen

Zur Frage, wie die Zukunft der Frauen in Österreich ausschauen wird, sagte Johanna Dohnal:

„Da muß man natürlich differenzieren. Es gibt auf der einen Seite – eben aufgrund einer Entwicklung in der Vergangenheit – eine Reihe von Frauen, die sich tatsächlich in guten Positionen befinden, die auch ‚Nutznießerinnen‘ der alten Pionierinnen - oder der jetzt oft abfällig so genannten ‚Emanzen‘ oder ‚Altfeministinnen‘ – waren, und das ist auch gut so. Es besteht überhaupt kein Anlaß, daß sich die Frauen, die heute ein anderes Leben führen können als früher, ununterbrochen bedanken; das wäre absurd! Aber es gibt gleichzeitig sehr, sehr viele Frauen, die nach wie vor von der und durch die Politik verbesserte Rahmenbedingungen brauchen. Die neuen Rahmenbedingungen waren ein Beginn, wir waren ja erst mitten drinnen, und es handelt sich in Wirklichkeit um ein Ausbauprogramm: So wie die Demokratie nie ein abgeschlossener Prozeß ist, so ist die Frage der Emanzipation von Frauen eine Frage der ständigen Entwicklung. Hier findet jetzt ein tiefer Einschnitt statt, und der wird sich auch sehr bald ‚klimatisch‘ zeigen. Es wird wiederum Auswirkungen auf alle Frauen haben, auch auf die, die heute glauben: ‚Ich schaffe alles allein‘ und die noch nie wirklich darüber nachgedacht haben, ob es auch wirklich so sein wird, ob die Vorarbeiten und Rahmenbedingungen nicht notwendig waren. Das ist, würde ich sagen, ein kurzer Befund. Meine Hoffnung ist, daß politisch enga-

gierte Frauen nun, aufgrund der neuen, durch die Politisierung bewirkten Situation, auch mehr werden und Widerstand leisten. Und zwar in den verschiedensten

„Es ist wahr, daß es zu einer Politisierung gekommen ist; allerdings ist der Preis dafür zu hoch, und dies wäre nicht der einzige Weg gewesen, daß es zu einer Politisierung kommt.“

Formen demokratisch legitimierten Widerstand leisten.“

Wie soll dieser Widerstand ausschauen? „Mannigfaltig, ich brauche ihn ja nicht zu erfinden; durch Vernetzung, durch Zusammenschluß, durch Gemeinsamkeit. Einzelkämpferinnen mögen zwar in der Geschichte immer wieder bekannt geworden sein, aber durchsetzen konnten

„Meine Hoffnung ist, daß politisch engagierte Frauen nun, aufgrund der neuen, durch die Politisierung bewirkten Situation, auch mehr werden und Widerstand leisten.“

die Frauen immer nur dann etwas, wenn sie sich zusammengeschlossen haben.“

Ingrid Hemetek studiert Wirtschaftspädagogik, Publizistik und Germanistik in Wien und ist „Radio Stimme“-Mitarbeiterin.

Diese Nachlese basiert auf der „Radio Stimme“-Sendung vom 29. Februar 2000.

Foto: Demokratische Offensive



Johanna Dohnal (2. von links) war eine der RednerInnen auf dem „Symposium unter freiem Himmel“ am 27. Mai, das von der „Demokratischen Offensive“ anlässlich 100 Tage schwarz-blaue Regierung veranstaltet wurde.

RADIO STIMME NEWS

Radio Stimme – Die Sendung der „Initiative Minderheiten“. Zu hören jeden zweiten Dienstag von 20 bis 21 Uhr auf Orange 94,0 in Wien und jeden zweiten Sonntag von 12.30 bis 13.30 auf Radio AGORA in Kärnten.

Programmorschau:

- 18. Juli: 10 Kleine Negerlein: rassistische, sexistische und diskriminierende Kinder- und Schulbücher
- 1. August: Chile in Wien – Macondo-City
- 15. August: Guten Morgen Herr Architekt, hat das Frühstück geschmeckt? Wie behindertengerecht ist Wien? (Änderungen vorbehalten)

Natürlich sind auch an Radio Stimme die politischen Veränderungen und das zivilgesellschaftliche Erwachen nicht spurlos vorbeigegangen: Schon am Wahltag berichtete ein Team von Radio Stimme für die freien nicht-kommerziellen Radiostationen in einer Live-Schaltung aus der Parteizentrale der ÖVP in der Wiener Lichtenfelsgasse, und einige Monate später konnte Radio Stimme für eine Sondersendung einen Stimmungsbericht und Interviews von

der ersten größeren Demonstration durch die Wiener Innenstadt liefern. Radio Stimme ist deswegen aber keinesfalls zur „Widerstands-Sendung“ mutiert. Vielmehr versuchen wir eine Verbindung zu schaffen zwischen aktuellen Initiativen und Projekten gegen die Regierung und Berichten zu „klassischen“ Minderheitenthemen, wie sie schon in der Zeit vor der blau-schwarzen Regierung Bestandteil unserer Sendungen waren.

Wenig überraschend fällt hierbei der Befund aus, daß die Arbeit an unseren Sendungen in den letzten Monaten sicherlich auch zeitintensiver geworden ist. Ich möchte daher an dieser Stelle all jene bitten, die Interesse an Thema und Medium Radio haben und auf ehrenamtlicher Basis mitmachen wollen, sich bei uns zu melden. Das Team kann nie zu groß sein.

E-Mail: radio.stimme@blackbox.net
Gerd Valchars, Koordinierender Redakteur der „Radio Stimme“

„VOM MENSCHEN AN SICH“ EINE REPORTAGE VON STEFAN NICOLINI

Moni Ovadia – ein Botschafter jüdischer Kultur und Geschichte in Italien, der das Publikum zu begeistern weiß.

Italien ist nicht nur das Land der Pizza, der Paparazzi und der Mafia, sondern auch der *Cantautori* (Liedermacher). Einer von

„Land, Nation, Reisepaß machen nicht den Menschen aus. Es sind veränderbare Größen. Die wahre Dimension des Menschen liegt irgendwo anders.“

denen, der sich aber nicht so leicht in die Reihe klingender Namen wie Lucio Dalla, Paolo Conte oder Fabrizio de André einreihen läßt, ist Moni Ovadia: Sänger, Musiker, Autor und gefeierter Theatermacher, der aus dem Reichtum jüdischer Musik und Geistesgeschichte schöpft.

„Rassismus ist nichts anderes als eine Kurzsichtigkeit des Herzens und des Verstandes. Es ist die größte Metastase, das Krebsgeschwür in der Geschichte der Menschheit.“

Ironischer Weltschmerz

Mit offenen Armen und einer tiefen Verneigung begrüßt er das interessierte Publikum, das den Theatersaal in Bozen füllt. Viele neugierige Köpfe, eine Fangemeinde, die sich das neugeschriebene und -inszenierte Stück nicht entgehen lassen will. Zweieinhalb Stunden jüdischer Witz, unterstützt und beglei-

„Die Opfer wissen, was sie zu tun haben: Sie schreiben sich alles von der Seele, erzählen ihre Lebensgeschichte anderen. Die Mörder nicht.“

tet von einem Ensemble elf hervorragender Musiker, die auch ihre schauspielerischen Qualitäten unter Beweis stellen, wenn sie etwa als sowjetische Soldaten im Stehschritt und musizierenderweise aufmarschieren oder in Slapstick-Einlagen die Welt der Musiker parodieren.

Explosiv, witzig, geistreich und ironisch, ohne den Weltschmerz zu vergessen: Diese kulturelle Mischung aus jüdischen Gesängen und italienischem Lebensgefühl macht gerade die Exotik

und den Reiz der Darbietungen Moni Ovadias aus. Im bulgarischen Judentum liegen seine Wurzeln, finden seine Bühnengeschichten Nahrung.

Ovadia lebt seit über dreißig Jahren in Italien. 1946 in Plovdiv in Bulgarien geboren, studierte er anfangs Politikwissenschaft in Mailand, bis er seinen künstlerischen Weg als Sänger und Musiker der Gruppe „Almanacco“, unter der Führung des berühmten Musikethnologen Roberto Leydi, einschlug. Der künstlerische Durchbruch gelang Ovadia mit seiner theatralisch-musikalischen Form des Kabarets, als er 1990 sein Kleinkunsttheater mit der Produktion „Oylem Golem“ ins Leben rief.

Jonglieren mit Sprachen

Seither ist er auch den Kritikern nicht verborgen geblieben. Auf Tournee durch ganz Italien hat er mit seinem Humor, gepaart mit einem philosophischen Ansatz, der die Hintergründe menschlicher Existenz in ironisch-beißender Form zur Sprache bringt, eine Fangemeinde aufgebaut, die quer durch alle gesellschaftlichen Gruppierungen geht. Liederinlagen wechseln in seinen Darbietungen mit szenischen Auftritten der einzelnen Musiker ab.

Das jüngste Programm Mani Ovadias heißt „Mame Mamele Mama Mame“. Eine Hommage an seine allzu strenge und furchtsame Mutter und „an alle Mütter dieser Welt, die ihren Sohn allzu sehr lieben“. Elf hungrige und dürstende Musiker sind auf der Suche nach ihren Müttern. Lieder, Tänze, Geschichten, Riten und Gedichte sowie ein Leben in der jüdischen Tradition bilden den dramaturgischen Bogen.

Die Musiker-Darsteller jonglieren zwischen der polnischen, russischen, französischen, italienischen und jiddischen Sprache hin und her. So bunt die Farben, so bunt wird das Leben der Menschen dargestellt: zwischen Hoffnung und Enttäuschung, Suche und Aufgabe, Träumen und Wachen.

Ovadia wird in den nächsten Monaten in verschiedenen Städten Italiens sein neues Theaterstück präsentieren. Ein Auftritt in Wien wird in Erwägung gezogen.

Wir haben in Bozen ein Gespräch mit dem Künstler geführt.

STIMME: Was sagen Sie zum politischen Rechtsruck in Teilen Europas, zur Erstarkung der rechten Parteien etwa in Österreich, der Schweiz, aber auch in Frankreich oder Dänemark? Wie kann das politische Verantwortungsbewußtsein der Menschen gestärkt werden? Können Ihre Auftritte etwas bewegen?

Moni Ovadia: Ich glaube und hoffe schon, da die jüdische Kultur vom Menschen an sich spricht. Land, Nation, Reisepaß machen nicht den Menschen aus. Es sind veränderbare Größen. Die wahre Dimension des Menschen liegt irgendwo anders.

Schauen Sie, wir alle haben Probleme in unserem Leben. Aber Rassisten und Nationalisten laden ihre Probleme auf andere ab, auf das Andersartige, auf das, was nicht Teil ihrer Kultur ist. Sie erkennen den Nächsten nicht in sich selbst.

Deshalb ist das, was Rassisten bewegt, Angst, die Unfähigkeit zu verstehen, daß deine Probleme daraus resultieren, wie du dich den Herausforderungen selbst stellst. Die fremdländischen Arbeiter sind der Reichtum der industrialisierten Länder. Ganze Wirtschaftszweige hängen von ihnen ab; sollten sie schlagartig ihre Arbeit niederlegen und das Land verlassen – die Wirtschaft des Landes würde sich kaum erholen.

Rassismus ist nichts anderes als eine Kurzsichtigkeit des Herzens und des Verstandes. Es ist die größte Metastase, das Krebsgeschwür in der Geschichte der Menschheit. Nichts hat mehr Tote gefordert. Zudem muß man stets auf der Hut sein, denn wenn das wilde Tier losbricht, heißt das nicht, daß die Toten immer bei den anderen zu finden sind.

In vierzig Jahren werden wir über dieses nationalistische Denken nur mehr lachen. Die Welt des Internet und der modernen Kommunikationsgesellschaft wird die Nationalstaaten überflüssig machen. Dabei ist aber die Verschiedenartigkeit der Kulturen zu retten. Ich zum Beispiel bin Jude, und ich bin stolz, einer zu sein. Ich lebe in Italien, habe keine Angst, denn meine Verwurzelung in meiner Kultur ist groß. Ein Rassist ist das nicht, deshalb hat er Angst.

Ich spreche darüber vor vielen Jugendlichen in den Schulen, aber auch in meinen Konzerten. Ich denke, daß viele Menschen, die zu mir kommen, vielleicht eine Anregung bekommen, um ihr Leben zu verändern. Ich bin dabei aber nicht so wichtig, ich mache nur Theater. Ich biete etwas an; wer genügend Offenheit besitzt, der nehme, der andere eben nicht.

Der Holocaust überschattet die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Kann man als Jude verzeihen?

Das Wort Verzeihung ist ein sehr schwieriges Wort. Niemand kann andere um Vergebung bitten. Ich kann nicht für andere, für Tote, die nicht reagieren können, um Verzeihung bitten.

Lassen Sie mich die Frage so beantworten: Die westliche moderne Kultur hat ein großes Problem. Sie ist gescheitert. Man muß den Mut haben, dies zu sagen. Und zwar mit Auschwitz, dem Kommunismus und allem anderen. Die Konzentrationslager und der Archipel Gulag bilden für die Opfer kein Problem, vielmehr sie sind ein Problem für die Massenmörder. Die Opfer nämlich wissen, was sie zu tun haben: Sie schreiben sich alles von der Seele, erzählen ihre Lebensgeschichte anderen. Die Mörder nicht. Deshalb muß sich die Gesellschaft, die solche Greuel erzeugt hat, die Frage stellen, wie es überhaupt dazu kommen konnte. Wo liegen die Wurzeln, die das ermöglicht haben? Martin Luther zum Beispiel ist ohne Zweifel eine bedeutende historische Persönlichkeit; aber wenn wir seine antisemitischen Schriften lesen – Luther schreibt im Zusammenhang mit dem Religionsstreit: Es gibt nichts Schlimmeres als den Ungehorsam gegenüber dem eigenen Herrn. Kein Raub, Überfall oder Raubmord ist schlimmer. Solche Äußerungen wandern im kollektiven Gedächtnis der Menschen weiter. Diese Krankheit, die Europa befallen hat, versucht unser derzeitiger Papst zu heilen. Ich glaube an seinen guten Willen, wobei aber viele seiner Gläubigen dies noch nicht erkannt haben.

Ihre Tournee führt sie durch ganz Italien. Werden sie auch im deutschsprachigen Raum rezipiert?

Ich bin bereits in der Schweiz und in Deutschland aufgetreten. Einen Traum habe ich aber noch: Ich möchte mein Theaterstück „Oylem Golem“ in jiddischer Sprache in Wien aufführen. Es ist das einzige Publikum der Welt, das mit wenigen Textkorrekturen die Lieder problemlos verstehen würde.



Foto: privat

RICHTIGSTELLUNG

Im „Radio-Stimme-Nachlese“-Beitrag über den Verein FIBEL in der STIMME Nr. 34 sind uns Fehler unterlaufen, da im Beitrag die Fremdenrechtsnovelle 1997 nicht berücksichtigt wurde. Wir bedauern, veröffentlichen hier auszugsweise die von FIBEL dankenswerterweise übermittelte Richtigstellung und wollen auf den „Länderbericht“ der FIBEL hinweisen, der Informationen zu den aktuellen fremdenrechtlichen Bestimmungen für Angehörige von ÖsterreicherInnen enthält. (red)

Richtigzustellen sind folgende Textstellen im Abschnitt Rechtliche Situation:

• „Das österreichische Fremdenengesetz unterscheidet zwischen Aufenthaltsbewilligung und Aufenthaltsberechtigung.“
Angehörige (aus Nicht-EU-Staaten) von ÖsterreicherInnen, die aufenthaltsberechtigt sind, erhalten eine Niederlassungsbewilligung (auf den gesamten

Text bezogen ist „Aufenthaltsbewilligung“ durch „Niederlassungsbewilligung“ zu ersetzen).

• „Dieses Recht steht ihnen zu, wenn sie imstande sind, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten, wenn sie eine Unterkunft nachweisen können und die Ehe seit mindestens sechs Monaten besteht.“

Nach den aktuellen Bestimmungen im Fremdenengesetz können ausländische EhepartnerInnen von ÖsterreicherInnen sofort nach der Eheschließung eine Niederlassungsbewilligung beantragen; sie haben bei Erfüllung aller im Text richtigerweise genannten Voraussetzungen - ab Beginn der Ehe Rechtsanspruch auf eine Niederlassungsbewilligung.

• „Im Fall einer Scheidung ...“

Im Fall einer Scheidung hängt die Aufenthaltsberechtigung davon ab, ob der geschiedene ausländische Partner/die Part-

nerin ein eigenes regelmäßiges Einkommen bezieht. Arbeitet er oder sie länger als ein Jahr, kann er/sie eine Arbeitserlaubnis beantragen, nach fünf Jahren kann er /sie einen Befreiungsschein beantragen. Problematisch ist eine Scheidung für jene Geschiedenen, die nicht schon während der Ehe ein Beschäftigungsverhältnis eingegangen sind. (...)

• „EhepartnerInnen von ÖsterreicherInnen wird [die Aufenthaltsbewilligung] ab dem ersten Antrag für fünf Jahre erteilt.“

Ausländischen EhepartnerInnen von ÖsterreicherInnen wird die Niederlassungsbewilligung für ein Jahr erteilt; sie kann nach Ablauf des ersten Jahres für ein weiteres Jahr verlängert werden, danach wird eine unbefristete Niederlassungsbewilligung erteilt.

Gertrud Schmutzer-Mohammad Yary
FIBEL-Mitarbeiterin

AN DIE GROSSE GLOCKE

Vom 1. bis 4. Juni fanden in Zürich die 6. Eurogames statt: die Europameisterschaften der Lesben und Schwulen, zu denen tausende TeilnehmerInnen aus 33 Ländern angereist waren, um in fast 30 verschiedenen Sportarten unter dem Motto „friendship and integration through sports“ ihr Können zu zeigen und ihre Kräfte zu messen. Die über hundertköpfige Schar der ÖsterreicherInnen kehrte mit großem Stolz und nicht weniger als 14 Medaillen heim. Helga Pankratz berichtet.



Rainbow Swim Austria mit Medaillen in Zürich

Dank besonderer Bemühung der OrganisatorInnen war es gelungen, bei den Eurogames von Zürich die zahlenmäßige „Männerdominanz“ früherer Sport-Meetings dieser Art gänzlich zu überwinden. Der Frauenanteil unter den SportlerInnen betrug über 50 Prozent. Auch aus Österreich kamen zum Laufen, Schwimmen, Tanzen, Biking, Klettern, Volley-, Basketball- und Badminton-Spielen, zu Tennis, Tischtennis und Inlineskaten gleich viele Männer und Frauen. Die prominenteste unter ihnen: Ulrike Lunacek. Die außenpolitische Sprecherin der Grünen im Parlament und bisher einzige offen lesbische Politikerin Österreichs trat im Schwimmen an.

Das andere Österreich

Auf ihre Teilnahme hin angesprochen, meint Lunacek, sie habe schon oft die Frage gehört: „Warum müßt ihr denn eure sexuelle Orientierung überall, und sogar im Sport, an die große Glocke hängen?“ – „Solange gleichgeschlechtliches Leben und Lieben noch keine Selbstverständlichkeit ist“, gibt sie darauf zur Antwort, „solange es in allen Bereichen Diskriminierungen und sogar Kriminalisierung gibt, ist es auch beim Sport wichtig, auf die Vielfalt menschlicher Lebensformen hinzuweisen.“

Und sie zeigt sich von der Teilnahme so vieler Österreicherinnen auch unter dem Vorzeichen der aktuellen außen- und innenpolitischen Situation angetan: „Gerade jetzt, da Österreich in der Weltöffentlichkeit wieder einmal als Land dasteht, in dem mangelnde Distanzierung von NS-Verharmlosung und Ausländerfeindlichkeit kein Grund sind, einer Partei den Eintritt in die Regierung zu verwehren, ist es großartig, daß so viele österreichische Lesben

und Schwule nach Zürich fahren. Damit zeigen wir, daß das ‚andere Österreich‘ – das der Offenheit, Toleranz und Akzeptanz – auch viele aktive Lesben und Schwule hat, die für ihre Rechte eintreten und die sich von der hetzerischen Rhetorik der FPÖ und der Anti-Gleichstellungshaltung beider Regierungsparteien nicht Angst machen lassen.“

Gesund und erfolgreich

Die Attribute, die mit Sport verknüpft sind – attraktiv, erfolgreich und gesund –, werden ja nach wie vor lesbischen Frauen und schwulen Männern eher nicht zugesprochen. In vielen Disziplinen sehen sich LeistungssportlerInnen immer wieder dem direkten Druck ihrer Clubs oder Verbände ausgesetzt, nur ja nicht offen als homosexuell in Erscheinung zu treten. Berühmte Ausnahmen à la Martina Navratilova sind eben leider Ausnahmen; und ein derartiges Coming-Out mitten in

einer aktiven Sportkarriere erfordert zweifellos besondere persönliche Stärke.

Eine der politischen Dimensionen von Veranstaltungen wie den Eurogames von Zürich besteht deshalb auch darin, sich all den Vorurteilen nicht zu beugen und sich selbst und der Welt zu beweisen, daß Fairneß, Fitneß, Kraft und all die vielen positiven Eigenschaften, die mit sportlicher Betätigung in Verbindung gebracht werden, nichts sind, was die Heterosexuellen für sich gepachtet hätten. Aus diesem Grund war auch die kurzfristige Absage des IOC-Mitglieds Marc Hodler, der ursprünglich seine Teilnahme an der Eröffnung der Eurogames versprochen hatte, ein Wermutstropfen in der freudigen Stimmung zu Beginn der Spiele. Das Signal von Toleranz und Anerkennung für Lesben und Schwule in der Welt des Sports, das seine Ansprache bedeutet hätte, wurde damit einmal mehr in eine ungewisse und ferne Zukunft verschoben.

Umso mehr freuten sich die ÖsterreicherInnen über ihre unerwartet gute Medaillenbilanz. Vierzehnmal waren Lesben und Schwule aus Österreich in Zürich auf Siegespodesten gestanden: Basketballerinnen, Volleyballer, Volleyballerinnen, zwei weibliche Turniertanzpaare, ein Tischtennispieler, ein Free Climber, eine Inlineskaterin, drei Schwimmer und eine Schwimmerin. Letztere heißt übrigens Ulrike Lunacek. Und es erfüllt uns SportlerInnen mit unbändiger Freude, nicht nur dabei gewesen zu sein, sondern auch ihren und unser aller überwältigenden Erfolg „an die große Glocke hängen“ zu können!

Helga Pankratz ist Gründungsmitglied der Sportvernetzung „Rainbow Sports Austria“ und Sportredakteurin der „Lambda Nachrichten“.



Die Basketballerinnen mit Medaillen in Zürich

Fotos: Doris Hauberg, privat

SEMINAR „PROJEKTORGANISATION UND -DURCHFÜHRUNG“

Bereits zum vierten Mal fand das Seminar „Projektorganisation und -durchführung“ der Initiative Minderheiten gemeinsam mit dem Wiener Integrationsfonds, das der Know-how-Vermittlung an Minderheitenorganisationen dient, am 20. Mai statt. Diese eintägigen Seminare, in denen vor allem praktisches Wissen weitergegeben wird, sind in Minderheitenkreisen inzwischen sehr gefragt. Das Interesse ist deshalb so groß, weil hier professionelles Know-how so vermittelt wird, daß es die TeilnehmerInnen umsetzen können. Die ReferentInnen sind gleichzeitig die direkten AnsprechpartnerInnen für Projekte. Andrea Eckhart vom Wiener Integrations-

fonds listete aus der Sicht des Subventionsgebers die Kriterien auf, die ein Projektantrag erfüllen muß, um Chancen auf Bewilligung zu haben. Brigitte Hödl vom Interkulturellen Zentrum erläuterte schlüssig und verständlich, wie EU-Anträge zu formulieren sind; ein Förderbereich, der immer wichtiger wird. Ursula Hemetek von der Initiative Minderheiten brachte ihre Erfahrungen, die Geldbeschaffung, Planung, Durchführung und Nachbereitung von Projekten betreffen, ein.

Die 21 TeilnehmerInnen kamen aus den verschiedensten Initiativen und Vereinen der Minderheitenszene. Die persönliche Begegnung und die intensive

wie interaktive Zusammenarbeit bewirken genau das, was als eines der Ziele der Initiative Minderheiten definiert ist:

- Minderheiten die Werkzeuge in die Hand zu geben, sich im Subventionsdschungel mit Professionalität selbst zu behaupten;
- Minderheiten die Möglichkeit zu geben, sich zu vernetzen, Projekte gemeinsam durchzuführen, einander kennenzulernen, Synergien zu nützen, Allianzen zu bilden.

Das nächste Seminar „Projektorganisation und -durchführung“ findet im Herbst 2000 statt.

red

EINIG GEGEN RECHTS

Aktionen gegen Tage des Rassismus und Rechtsextremismus in Innsbruck

Am 12. und 13. Mai veranstalteten Innsbrucker Burschenschaften die „Festakademie Europa 2000“ und einen Kommers deutschnationaler schlagender Studentenverbindungen. Unter dem Titel „Nationalitäten-, Religions- und Kulturkonflikte im Europa von morgen“ ging es um ein „Gegenkonzept zu multikulturellen Gesellschaftsexperimenten“ und aktuelle Probleme Europas. Die Namen der Referenten sprechen für sich: Otto Scrinzi, Hartmut Fröschl, Helmuth Knütter und Alfred Mechtersheimer. Einige organisierende Verbände sind ebenfalls hinlänglich bekannt. Die Brixia war 1988 verantwortlich für die Broschüre „1938 – Lüge und Wahrheit“, die Landsmannschaft Tyrol zitierte erst im März in einer Todesanzeige den SS-Leitspruch: Seine Ehre heißt Treue.

Um sich dieser Veranstaltung entgegenzustellen, die „rechtsextreme und -konservative Haltungen bündelt, männerbün-

dische Strukturen stärkt und als Forum für Aktivisten und Theoretiker des Rechtsextremismus dient“, organisierte die Tiroler Plattform gegen Rassismus zahlreiche Veranstaltungen und leistete im Vorfeld Aufklärungsarbeit (nachzulesen unter <http://members.aon.at/gegen-rassismus>).

In der Innenstadt wurde am 12. Mai mit einem Straßenfest protestiert, am Abend diskutierten Erna Appelt, Anton Pelinka, Rainer Bauböck, Silvio Lehmann und Hoslo Jiwa vor 250 Interessierten über „Europa im Spannungsfeld von Rechtsextremismus und Demokratie“. Eine Demonstration mit 2000 Teilnehmern bildete am nächsten Tag den Höhepunkt. 800 Exekutivbeamte aus ganz Österreich waren im Einsatz, die Aktionen verliefen jedoch völlig friedlich. (Der einzige Zwischenfall ereignete sich, als zwei Plattform-Mitarbeiter bei der Bühnenbewachung von Skinheads angepöbelt und verletzt wurden.) In den

Kammerspielen fand mit dem Stück „Vilingers Kinder“ und einer anschließenden Diskussionsrunde der Abschluß der Gegenveranstaltungen statt.

Für Festakademie und Kommers fanden sich, anders als 1994, nur zwischen 100 und 400 Besucher. Der einzige namhafte Politiker am Podium sorgte dafür umso mehr für Schlagzeilen. Innsbrucks wiedergewählter Bürgermeister, VP-Obmannkandidat Herwig van Staa, nahm trotz Kritik am Festkommers teil, nützte seine „Grußbotschaft“ für eine Abrechnung mit den Demonstranten und solidarisierte sich mit den Burschenschaften.

Die Tiroler Plattform gegen Rassismus kann mit ihrem ersten öffentlichen Auftritt zufrieden sein. Die vielzitierte Zivilgesellschaft hat in Innsbruck einen Auftrieb erfahren, den es nun zu stärken gilt. Nicht viel Zeit für Lorbeer also, Arbeit gibt es genug.

Anita Konrad

MINDERHEITEN ONLINE

Nach einem Probebetrieb erfolgte am 1. Mai 2000 die offizielle Eröffnung des ersten österreichischen Online-Nachrichtendienstes mit dem Schwerpunkt ethnische Minderheiten (Volksgruppen) und Menschenrechte in Österreich und der EU. Betrieben wird dieser neue Nachrichtendienst mit täglichen Meldungen und Hintergrundinformationen unter dem Namen „News-Service“ vom Burgenländisch-kroatischen Zentrum in Wien.

„Mit diesem Projekt wollen wir die interessierte Öffentlichkeit, im besonderen JournalistInnen, MeinungsbildnerInnen und MultiplikatorInnen, erreichen und über aktuelle Entwicklungen im Bereich

der Minderheiten und Menschenrechte umfassend informieren“, erklärt der Vorsitzende des Burgenländisch-kroatischen Zentrums, Dr. Stefan Roth, die Ziele des News-Service. Eine weitere wichtige Zielgruppe sind laut Roth die zahlreichen engagierten AktivistInnen innerhalb der Minderheiten bzw. NGOs, die durch das News-Service stets Zugriff auf aktuelle Ereignisse haben werden. „Damit wollen wir den Informationsaustausch fördern und als Katalysator für neue Kooperationen fungieren.“

Geleitet wird das News-Service von (STIMME-Autor) Franjo Schruiff, der auf eine jahrelange Erfahrung als Journalist

und Pressebetreuer (ORF-Burgenland, verschiedene Minderheitenmedien, Fachreferent im Grünen Parlamentsklub) zurückgreifen kann.

Die eigenen Berichte des News-Service sind frei verwendbar. Die Zitierung der Quelle ist erwünscht. Aktualisierungen erfolgen von Montag bis Freitag. „News-Service“ des Burgenländisch-kroatischen Zentrums

<http://www.HrvatskiCentar.at>
(auf „News-Service“ klicken)

Tel.: (01) 504 63 54

Fax: (01) 504 63 54-9

E-Mail: cgh@hrvatskicentar.at

red

BUNT UND BISSIG

Mit der Erstausgabe von „Die Bunte (Zeitung)“ betritt nun spät, aber doch eine MigrantInnen-Perspektive die Medienlandschaft.

„Das Ursprungsland haben die MigrantInnen hinter sich und das Aufnahmeland, mit seinen geschlossenen Institutionen, vor sich. Einziger Ausweg war und ist die Selbstorganisation.“ Diese Worte, entnommen dem Titel-Artikel von Ljubomir Bratić, geben die Programmatik nicht nur des Vereins *Die Bunten* wieder, sondern auch des medialen Sprachrohrs des Vereins *Die Bunte (Zeitung)*, deren erste Ausgabe nun vorliegt.

Die neue Vierteljahresschrift will ein Medium sein, „in dem MigrantInnen und Migranten zu allen Themen, die sie interessieren und betreffen, selber schreiben (ÖsterreicherInnen dürfen nur zu 25 Prozent)“, so die Koordinierende Redakteurin Kerstin Kellermann in ihrem Editorial.

In diesem 50Seiten starken Debüt-Heft mit dem Schwerpunkt „Politische Partizipation“ sind neben dem erwähnten Text Bratićs („Unfreiwillige RegelbrecherInnen“) weitere politische Essays zu lesen. So analysiert Politikwissenschaftler Gregor Matjan in seinem Aufmacher-Beitrag „Politik ist nicht nur das, was PolitikerInnen machen“ die neue politische Konstellation und konstatiert ein politisches Aufwachen im zivilgesellschaftlichen Sektor. Caroline Grandperret, eine der KandidatInnen der Liste „Bunte Demokratie für Alle“ bei den letzten AK-Wahlen, setzt sich mit der weitgehend fehlenden politischen Partizipation

der MigrantInnen auseinander. Zarif Yatkis Artikel befaßt sich mit den neuen Reflexionen zur sozialen-arbeitsmarktbedingten Rolle der Frauen in den islamischen Ländern und betont die Notwendigkeit islamisch-feministischer Forderungen. Ebenfalls im Kontext arbeitsweltlicher Entwicklungen analysieren Ljiljana Milosavljević und Sarah Galehr die Auswirkungen der Abschaffung des Frauenministeriums auf die MigrantInnen und der MigrantInnenprojekte. Neben Kommentaren von Alev Korun („Ausländerverwaltungspolitik“), Oscar Azocar („Ist das noch meine Partei?“) und Eugene Sensesig-Dabbous („Von Moralinsäure und Arierei“) sowie zwei informativen Interviews (mit dem Philosophieprofessor Franz M. Wimmer und dem Rechtsprofessor Peter Fischer) bietet *Die Bunte (Zeitung)* Berichte und Essays in den Rubriken Kultur, Sport und Freizeit. Zu lesen ist außerdem die (Selbst-)Vorstellung des Vereins *Peregrina – Beratungsstelle für ausländische Frauen*.

Diese Erstausgabe wird durch die breite und „bunte“ Palette der zumeist politisch bissigen Beiträge, der Bereiche und der AutorInnen dem Namen der Zeitschrift gerecht und macht neugierig auf die nächste Nummer.

Die STIMME-Redaktion wünscht dem neuen Mitglied der (hierzulande nicht besonders dicht bevölkerten) Min-

derheitenmedien-Gemeinschaft eine lange Lebensdauer und viel Erfolg. (Ein Interview mit den RedakteurInnen von *Die Bunte (Zeitung)* werden wir in der nächsten STIMME veröffentlichen.)

Kontakt:
Rotenlöwengasse 12/1
1090 Wien
Tel.: (01) 961 10 29
Fax: (01) 317 35 61
E-Mail: paulfelder@lion.cc
red



VERBAND FEMINISTISCHER WISSENSCHAFTERINNEN

Mit der Gründung des „Verbands feministischer Wissenschaftlerinnen“ ist ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung feministischer Wissenschaften im inner- und außeruniversitären Bereich gesetzt.

Am 18. Juni fand die konstituierende Generalversammlung des *Verbands feministischer Wissenschaftlerinnen* im Depot/Museumsquartier in Wien statt. Die Vorstandsfrauen sowie der Beirat für das erste Jahr wurden einstimmig gewählt: Obfrau und deren Stellvertreterinnen sind Susanne Moser, Sabine Prokop und Gudrun Perko. Als Schriftführerin und Stellvertreterin fungieren Andrea Braidt und Dagmar Fink, als Kassierin und deren Stellvertreterin Harriet Leischko und Meike Lauggas. In den Beirat wurden elf der anwesenden Wissenschaftlerinnen gewählt.

Mit der Gründung des *Verbands feministischer Wissenschaftlerinnen* ist ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung feministischer Wissenschaften im inner- und außeruniversitären Bereich gesetzt. Ein wesentliches Anliegen besteht zudem in der Förderung freier feministischer Wissenschaftlerinnen. Interessierte Wissenschaftlerinnen aus allen Bundesländern sind herzlich eingeladen, dieses Projekt mitzutragen und mitzugestalten.

Ganz im Sinne dezentraler Vernetzung repräsentiert und agiert der Verband in erster Linie über das virtuelle Büro: <http://vfw.awhs.at>. Hier können

sich alle feministischen Wissenschaftlerinnen im vorgesehenen Formular als Mitfrauen einschreiben, vor allem aber sich über e-groups an den Diskussionsprozessen und Arbeitsgruppen beteiligen. Für die gelbe Post an den Verband gibt es ab sofort das *Postfach 365, 1011 Wien*.

Monatliche Treffen in verschiedenen „physischen“ Räumen sollen den Vernetzungscharakter des Verbands zusätzlich forcieren. Die Arbeitstreffen finden regelmäßig jeden ersten Dienstag im Monat statt.

red

IN KÜRZE

Bewegung im Volksgruppensektor

Mit der Erfüllung von zwei für die österreichischen Volksgruppen wesentlichen Forderungen im Juni kommt Bewegung in die Szene autochthoner Minderheiten. Zum einen stimmte der Hauptausschuß des Nationalrats am 9. Juni einstimmig der Topographieverordnung-Burgenland zu, wonach zweisprachige Ortstafeln in jenen burgenländischen Gemeinden oder Ortsteilen aufgestellt werden sollen, in denen nach der letzten Volkszählung mindestens ein Viertel der dort wohnhaften Bevölkerung die kroatische oder die ungarische Sprache als Umgangssprache angegeben hat. Zweisprachige topographische Bezeichnungen und Aufschriften waren bereits 1955 im Artikel 7 des Staatsvertrags von Wien vorgesehen, sind aber bis heute nicht realisiert worden.

Die Vorsitzende des *Kroatischen Akademikerklubs*, Silvija Resetarits, kommentierte den Beschluß als „Erfolg des jahrelangen Kampfes für die Zweisprachigkeit“ und sagte: „Natürlich werden sich jetzt viele Väter melden, die die längst überfällige Entscheidung als ihr Verdienst beanspruchen werden. Uns soll das nicht stören. Die zentrale Frage ist und bleibt, ob genügend für den Erhalt und den Ausbau der sprachlichen Vielfalt im Burgenland getan wurde und in Zukunft getan wird.“ Mehrere kroatische Organisationen kritisieren indes die 25-Prozent-Klausel, die zur Zeit vom Verfassungsgerichtshof auf ihre „Verfassungswidrigkeit“ geprüft wird, als einschränkend.

Zum anderen wurde am 20. Juni eine Vier-Parteien-Vorlage für die Staatszielbestimmung zu Schutz und Förderung der österreichischen Minderheiten

im Menschenrechtsausschuß beschlossen. Der Vorsitzende des Burgenländisch-kroatischen Kulturvereins in Wien, Stefan Pauer, erklärte in einer Presseaussendung: „Wir begrüßen die neue Staatszielbestimmung zum Minderheitenschutz als einen wichtigen Schritt zu einer minderheitengerechteren Gesellschaft. Erstmals wird verfassungsrechtlich anerkannt, daß Sprache, Kultur, Bestand und Erhaltung der Volksgruppen in Österreich zu achten, zu sichern und zu fördern sind.“ Es wird erwartet, daß der Nationalrat bis zur Sommerpause der Vorlage zustimmt. (Siehe auch den Thema-Beitrag von Franjo Schruiff in diesem Heft, S. 6-7.)
cgh-News-Service/red

Beobachtungsstelle: Eröffnung und Turbulenzen

Die *Europäische Beobachtungsstelle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* (EUMC), die einzige EU-Einrichtung mit Sitz in Wien, hatte schon bei ihrer feierlichen Eröffnung am 7. April in der Hofburg für politische Turbulenzen gesorgt: Wie erinnerlich, waren zu den Feierlichkeiten nur EU-PolitikerInnen und Staatschefs eingeladen worden, um u. a. einen diplomatischen Eklat zu verhindern. Doch war Außenministerin Ferrero-Waldner als Begleiterin des Bundespräsidenten Klestil in die Hofburg gekommen. Spätestens seither muß sich Beate Winkler, Direktorin der EUMC, mit unterschwellig bis offenen Angriffen der Regierung auseinandersetzen.

So auch im Zuge des „Falls Pelinka“. Anton Pelinka, renommierter Politikwissenschaftler und österreichisches Mitglied des Verwaltungsrates der

EUMC, hatte Ende Mai, nach seiner Verurteilung im „Verleumdungsprozeß“ gegen Jörg Haider, seinen Rücktritt aus dem Verwaltungsrat bekanntgegeben. Nachdem Beate Winkler im Rahmen ihrer EU-Berichterstattung im Juni diesen Fall zum Anlaß nahm, um die Arbeitsbedingungen der EUMC in Wien zu kritisieren, bekam sie nun von Regierungsmitgliedern harsche Kritik zu hören. Manche ÖVP-Politiker sprachen sich sogar für eine Ablöse der Direktorin, die von der EU bestellt wurde, aus.

MigrantInnen im WIF-Kuratorium

Die in der Wiener Integrationskonferenz seit November geführte Diskussion bezüglich der Beteiligung von MigrantInnen an den leitenden Gremien des *Wiener Integrationsfonds* (WIF) fand kein zufriedenstellendes Ende. Bei der Sitzung im Mai wurden sieben Migranten-VertreterInnen für das Kuratorium des WIF gewählt, die Statuten des Fonds sehen aber nur drei RepräsentantInnen der Integrationskonferenz vor. So nahmen an der Kuratoriumssitzung des WIF am 14. Juni jene drei von den sieben VertreterInnen teil, welche die meisten Stimmen bei der Wahl bekommen hatten: Dr. Türkan Akkaya, Hikmet Kayahan und Sevil Fertinger. Sie haben den Auftrag von der Integrationskonferenz, bis Herbst den Einzug auch der restlichen vier VertreterInnen (Hirut Kiesel, Mag. Camilo Antonio, Dr. Di-Tutu Bukasa und Oskar Azocar) zu gewährleisten; andernfalls werden sie das Kuratorium verlassen.

Mit einer Pressekonferenz am 13. Juni haben die sieben Delegierten der Integrationskonferenz die Lage sowie ihre Forderungen der Öffentlichkeit präsentiert.

red

stimme@chello.at

Ein E-Mail macht Sie zur Abonnentin der Stimme
Ein E-Mail macht Sie zum Abonnenten der Stimme

EAST MEETS WEST VON ISABELLE RIEDL

Fünf Bühnenperformances aus osteuropäischen Ländern feierten zwischen 27. April und 7. Mai im Rahmen des Festivals „kontext : europa“ ihre Österreichpremiere. Organisator und Veranstalter war das „Theater des Augenblicks“, das auch im nächsten Jahr künstlerische Avantgarde aus dem benachbarten Osten zeigen will, die in der Vergangenheit die Theaterlandschaft des Westens entscheidend geprägt hat.



Scena Plastyczna KUL

Erinnert sei nur an Stanislawski, Meyerhold oder Wachtangow. Nicht die Produktionen der etablierten Hochkultur standen somit im Theater des Augenblicks auf dem Programm, sondern zeitgenössische Bühnenkunst, die für ein volles Haus sorgte. Die Palette der sehr unterschiedlichen experimentellen Arbeiten läßt sich nur schwer in die gängige Auffassung von Tanz, Theater oder Musiktheater pressen. Neue Ideen in Bewegung, Gebärde und Mimik. Alleamt bildhafte Gesamtkunstwerke, die durch eine perfekte Lichtregie ihren letzten Schliff erhielten.

Unverkennbarer Spitzenreiter war das preisgekrönte *blackSKYwhite theatre* aus Rußland, das mit seiner einstündigen Bühnenperformance „Bertrands Toys“ das Publikum in eine Art Trancezustand versetzte. Bizarre, monströse Gestalten, die sich magisch zwischen Wirklichkeit und Illusion bewegen. Das Licht fokussiert teils auf die DarstellerInnen, teils nur auf deren Körperteile, die sich schwerelos im Raum bewegen. Pulsierende Töne und Klänge und eine ins rot-schwarze Licht getauchte Bühne gestalten die Nacht, in der Bertrands Puppen erwachen. Befreit von ihren Ein- und Beschränkungen, entdecken sie das Leben – eine Metapher auf die ehemalige UdSSR, deren Kultur und Geschichte im Bewußtsein der Menschen weiterhin lebendig bleiben.

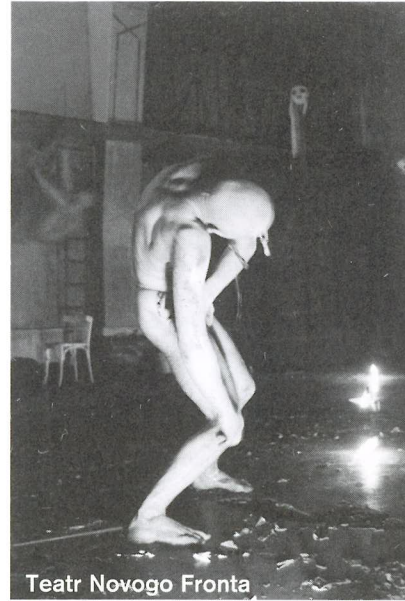
Ähnlich positiv aufgenommen wurde das visuelle Avantgardetheater *Scena Plastyczna KUL* aus Polen, das mit seiner Bühneninstallation „Die Feuchtigkeit“ die vom Film und klassischen Theater mitgenommenen Hör- und Sehgewohnheiten sprengen möchte. Die Hauptrolle spielen keine Schauspieler, sondern das Wasser, das tropfend, fließend und rauschend die Bühne für sich gewinnt. Intensive, traumhafte Bilder, kriert von Licht und Schatten.

Eher auf Unverständnis stießen *Teatr Provisorium / Kompania Teatr*, zwei seit 1996 zusammenarbeitenden Gruppen ebenfalls aus Polen, mit ihrer Bühnenadaptation von Witold Gombrowicz' Roman „Ferdynand“, zumindest bei denjenigen, die kein Polnisch sprechen. Und das Stück lebt vom Text, ohne den die schauspielerische Leistung verblaßt. Erzählt wird die Geschichte des 30jährigen Schriftstellers Jozio, der sich in den 17jährigen Jungen verwandelt, der er einmal war, um herauszufinden, warum er es als Erwachsener nicht zur Reife gebracht hat. Ein Männertheater par excellence mit derben Gebärden und ordinären Sprüchen, dessen Witz trotz gutgemeinter Simultanübersetzung via Leinwand beim hiesigen Publikum fehlplatziert war.

Das Männer-Tanztheater *Fourklor Physical Theatre* aus Slowenien krierte mit „Melancholy Thoughts“ vor einer



blackSKYwhite theatre



Teatr Novogo Fronta

teils fetzig-schillen, teils beruhigenden Musikkulisse die stressige Atmosphäre einer Großstadt. Lautlos und geschmeidig wie Katzen bewegen sich die Tänzer über die hell beleuchtete Bühne. Die klaren Bewegungen, eine Mischung aus klassischem Tanz, Breakdance und Bodenturnen, erfordern Exaktheit und eine ungeheure Energie. Die anfänglich konkreten Szenen über das urbane Leben verflachen im späteren Verlauf in abstrakte Bilder, die das Individuum in seiner Einsamkeit reflektieren.

Progressives Pantomimentheater zeigte die Tanztheatergruppe *Teatr Novogo Fronta*, die sich 1993 in St. Petersburg formierte, um Opposition nicht nur zu leben, sondern auch über das Medium Theater zu vermitteln. Seit einigen Jahren in Prag beheimatet, geht das Ensemble mit Gästen aus Japan, Schweden, Polen u. a. auf Tournee. In Wien gastierte es mit „The Primary Symptoms of Name Loss“, eine ungewöhnliche Performance ohne klar erkennbare Handlung. Abwechselnde Stimmungen und verblüffende Bilder, gestaltet von nur einem Darsteller und seiner um zwei Köpfe kleineren Partnerin, die sich von einer in die andere Figur verwandeln. Ihre Bewegungssprache ist dynamisch, kraftvoll und akrobatisch und spielt mit Elementen aus Clownerie, Akrobatik und Tanz.

Ein Festival voll neuer Impulse und Eindrücke.

HÖLLE DER FRAUEN VON ISABELLE RIEDL

Die *Menschenbühne*, Wiens erstes und einziges deutschsprachiges MigrantInnen-Theater (wir berichteten in der STIMME Nr. 34), zeigte von Mitte bis Ende Mai zwei Dramen der leider zu früh verstorbenen slowakischen Schriftstellerin Zofia Chudá (1965 bis 1996): „Krotká“ und „Slowakische Hochzeit“. Beides Stücke über Frauen, ihr Leben in der dörflichen Enge, ihre Beziehung zu Männern und ihre Flucht in Lebenslügen. „Krotká“ ist die Geschichte einer jungen, mittellosen Frau, die durch eine Heirat ihren tristen Lebensverhältnissen entkommen will. Ihr Mann, der die Ehre seines Regiments beschmutzt hat und als „Feigling“ vom Kriegsdienst ausgeschlossen worden ist, möchte als habgieriger Pfandleiher Rache an der Gesellschaft nehmen. Krotká ist dabei sein Opfer. Er verweigert ihr jedes Gespräch, und jeder Groschen wird eisern gespart. Eine Beziehung, die von Beginn an zum Scheitern verurteilt ist. Zuerst drängt sie zu ihm, dann er zu ihr – vergebens. Die Suche nach Glück scheint für Krotká aussichtslos, und sie nimmt sich das Leben. Faszinierend gespielt von Zdenka Bokorova in der Rolle des Pfandleihers, die jene Seiten des

Mannes zeigt, welche für eine Frau wohl unbegreiflich sind.

„Slowakische Hochzeit“, ein Familiendrama mit pointiertem Wortgefecht: die senile Großmutter, die alles vergißt oder vergessen will, die Tochter, die sich von ihrer Mutter tyrannisiert fühlt, und die Enkelin, die nach England „geflüchtet“ ist und sich wiederum von ihrer Mutter ungeliebt fühlt. Zeit der Handlung ist der Hochzeitstag der Enkeltochter – beliebter Zeitpunkt für Familienstreitereien, in denen das Wort zur Waffe wird und bisher unterdrückte Gefühle ans Licht kommen.

Jedes Wort und jede Textzeile lebt von der Prägnanz der Autorin. Aufgewachsen im slowakischen Tatragebirge während des Kommunismus, fand Zofia Chudá nur im Schreiben eine Erfüllung bzw. eine Möglichkeit, ihrem mühseligen Leben kurzfristig zu entkommen. Den Erfolg ihres literarischen Schaffens wartete sie nicht mehr ab und nahm sich im Alter von 31 Jahren das Leben.

Gespielt wird auf engstem Raum, in einem Zimmer der Wiener Urania ohne Bühne und Vorhang. Die Handlung wird zum Greifen nahe erlebt. Karge Ausstattung und einfache Kostüme, mit etwas wenig Liebe zum Detail, wodurch die Zeit des

Geschehens im Unklaren bleibt. Aber: Die Aufmerksamkeit gilt den Schauspielern, ihrer darstellerischen Authentizität, mit der sie Spannung, Abwechslung, Komik und Betroffenheit in die Handlung bringen. Unterhaltung und Katharsis sind die Devise, ganz nach der Intention Chudás: „Meine Stücke sollen nicht gespielt, sondern geliebt werden. Daher ist es notwendig, daß die dargestellte Geschichte selbst Regie führt und nicht im herkömmlichen Sinn von außen inszeniert wird.“

Brodeldes Gefühlstheater, schade für alle, die es versäumt haben.



SCHLINGENSIEF WAS HERE – AHA! VON ERICH DEMMER

Im Rahmen der heurigen Wiener Festwochen präsentierte der deutsche Aktionist und Regisseur Christoph Schlingensiefel seine „soziale Installation“ unter dem Titel „Bitte liebt Österreich“, bei der er Schikanen im Asylwesen mit dem Big-Brother-Container verband. Fazit: Die Provokation ist auf-, aber auch wieder davongegangen, die Probleme bleiben.

Die Frau thematisiert ihre Angst vor Ausländern und begründet diese mit fremden Sprachen, die sie umzingeln. Aber sie ist keine F-Sympathisantin, später stellt sich heraus, daß sie Sozialarbeiterin in Ottakring ist und nur rational mit einem goldketterigen Wienerherzen diskutieren will, das überzeugt ist, daß nur „von der Regierung angeheuerte Debile und Geistesgestörte auffakumman, schauS' nur ind' Schuil!“ Ein Hamburger Staatsanwalt mit dem Spitznamen Dr. Scharf plädiert für strenges Vorgehen gegen Gesetzesbrecher, man kennt ihn aus dem „Spiegel“. Dort war er abgebildet: groß, blond, überdeutsch. Hier in Wien aber ist er klein und glatzköpfig. Ein Mann mit rotem Megaphon, der eindeutig Christoph Schlingensiefel ist, kündigt seinen Nebenmann mit schwarzem Gilet und Perücke als Christoph Schlingensiefel an. Schwarzgekleidete Security-Männer blicken drohend. Aber nur ihr

Rottweiler mit Beißkorb ist zweifelsfrei echt.

Nichts ist hier, wie es scheint. Lautstark diskutieren „Ausländerfeinde“ und „Gutmenschen“ mit ihresgleichen um Beistriche in ihrer Weltanschauung und gegen die „Gegner“, aber wer kann ausschließen, daß der eine oder die andere auf der Gehaltsliste der Festwochen stehen. Auch die Anbindung der Aktion an die von RTL 2 produzierte Massenpsychose des Big-Brother-Containers zieht diese ins Spektakelhafte und oszilliert so zwischen Akzeptanz und Verarschung des medialen Unfugs, das Anliegen verwischt sich zum bloßen Politainment – ohne „Spaßkultur“ geht gar nichts mehr.

War es das Konzept, einer xenophoben Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten, ging dieses nicht auf: Schlingensiefel er-



richtete ein ganzes Spiegelkabinett, in dem auch Zerspiegel nicht fehlten, wodurch sich die Bilder häufig vom Original deutlich entfernten. Teilweise endete die Aktion als Mülldeponie für Emotionen.

Nur die Gemeinten verstanden und schrien „Hier!“ Der Wiener FPÖ-Vorsitzende Humpar Dumpas lieferte psychiatrische Ferndiagnosen, und Josef Kalina, der als Sprecher von Kanzler Klima routinierte Presseaussendungen zum Thema Freiheit der Kunst veranlaßt hatte (und zwar pro), wettete als nunmehriger Krone-Redakteur schier mölzerisch gegen die Aktion. Hochbezahlte Verfasser von Elogien auf die Marktwirtschaft vermerkten erbittert, der deutsche Aktionist wolle ja nur seinen Marktwert steigern. Allgemein war plötzlich die Sorge um die Fremden – vor allem die japanischen Touristen hätten das Schild „Ausländer raus“ ja mißdeuten können, für ihren Europatrip haben sie ja sicher Krone- und FPÖ-Deutsch gelernt.

Positiv bilanzieren können jedenfalls die im harten Konkurrenzkampf mit anderen europäischen Festivals stehenden Wiener Festwochen. Die Schlingensiefel-Aktion erregte großes Aufsehen in in- und ausländischen Medien. Wenn es nun der Menschengruppe, um die es laut Programm gegangen ist, auch etwas nützt, soll es uns gefreut haben.

MAGISCHER BALKAN

Das „Filmarchiv Austria“ zeigt vom 13. Juli bis 13. August in Wien „Filme zwischen Orient und Okzident“.

Der Filmzyklus „Magischer Balkan. Kino zwischen Orient und Okzident“, veranstaltet vom *Filmarchiv Austria*, gemeinsam mit der *Initiative Minderheiten* u. a., stellt einen Versuch dar, vor allem Kinowelten der südosteuropäischen Länder schwerpunktmäßig vorzustellen. Dabei wurde insbesondere darauf Wert gelegt, die Beschäftigung des westlichen Europas mit der Filmkunst dieser Länder in

die Programmüberlegungen miteinzu-beziehen. Durch die spezifische Auswahl der Filme aus dieser Region sollen die vielfältigen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen mit den Ländern und Kinematografien West- und Mitteleuropas bewußt gemacht werden.

Ein Aspekt der Auswahl bezieht sich auf Filme, in welchen der interregionale Dialog durch deren Produktionsform und/oder durch deren Inhalt (Themen, Schauplätze) hergestellt wird. Ein weiterer Aspekt gilt Filmen, die sich auf lokale Themen und Schauplätze konzentrieren, um das filmkulturelle Erbe dieser Länder vorzustellen. Dazu gehören vor allem die Klassiker aus den Republikstudios des ehemaligen Jugoslawiens. Den dritten programmatischen Schwerpunkt soll die Einbeziehung von Filmen bilden, die sich der Kultur der Roma und Sinti widmen. Dieses „Sujet“ hat in zahlreichen Ländern (Ost- und West-)Europas filmhistorische Spuren hinterlassen und spiegelt auf ausgeprägte Weise die allgemeinen Probleme der angesprochenen Regionen im Schicksal dieser Bevölkerungsgruppe.

Der Filmzyklus „Magischer Balkan“ will keineswegs eine Verklärung dieser ethnischen Minderheit bzw. des im Zentrum der Retrospektive stehenden Raumes erzielen, sondern der durch die Filmkünstler reflektierten und bedeutenden Rolle von Mythen, Balladen und Legenden im Alltag der Völker dieser Region gerecht werden. Ein mindestens so wesentliches Anliegen der gezeigten Filme ist das Aufzeigen thematischer

Spannungen im Aufeinandertreffen von Tradition und Moderne, der leidvollen Erfahrungen mit fundamentalistisch-patriarchalen Strukturen, mit Okkupationen und Bruderkriegen, Familienfehen, politischen Repressionen, sozialer Not wie Emigration.

Besondere Berücksichtigung neben den Regionen des ehemaligen Jugoslawiens bei der Auswahl der Filme fanden die Kinos der Länder Griechenland, Türkei, Bulgarien, Rumänien und Albanien. Ebenso werden aber österreichische und ungarische Filme gezeigt, die sich mit dem Thema der Retrospektive auseinandersetzen.

Den musikalischen Auftakt zur Eröffnung der Retrospektive macht die *Wiener Tschuschenkapelle*. Zu den „Klassikern“ der Kinoreisen durch Europa zählen u. a. „Gadjo Dilo“ (Eröffnungsfilm), „Alexis Sorbas“, „Time of the Gypsies“, „Lamerica“, „Vor dem Regen“, „Nordrand“ oder „Ceija Stojka“.

Die täglichen musikalischen bzw. künstlerischen Darbietungen zwischen den Filmvorführungen im Gastgarten bringen dem Publikum die vorgestellten Filmländer nicht nur akustisch näher, sondern zeigen auf vielfältigste Weise die „Verwandtschaftsverhältnisse“ von Ost und West in Vergangenheit und Gegenwart auf.

„Magischer Balkan“

13. Juli - 13. August 2000

Obere Augartenstraße 1, 1020 Wien

Information: (01) 216 13 00-170

<http://www.filmarchiv.at>

Margit Rohringer, Organisationssteam des Filmzyklus

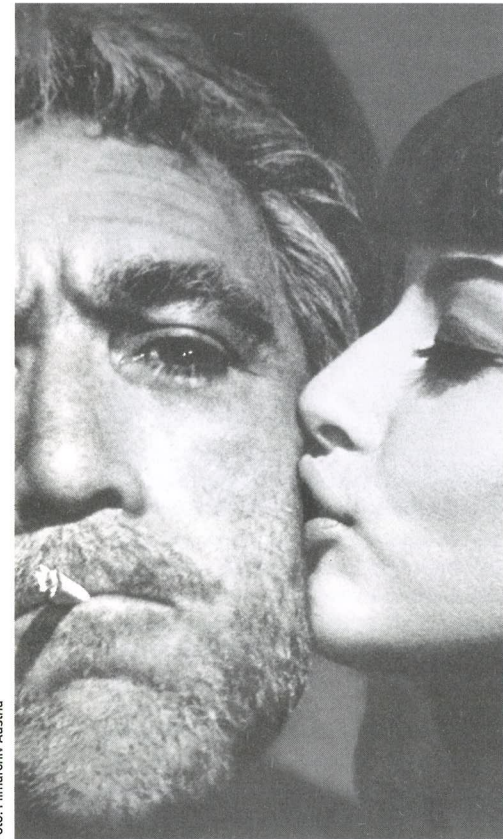


Foto: Filmarchiv Austria

MULTIKIDS 2000 – THEATER WIRKLICH NUR FÜR KINDER?

Gefesselt von der Vorstellung saßen die Kinder und verfolgten fasziniert die Tanzperformance „Das kleine Ich bin Ich“. Sie begleiteten dabei das tierähnliche Wesen auf der Suche nach der eigenen Identität und begaben sich auf eine phantastische Reise.

Das Tanz-Theater-Stück nach dem Buch von Mira Lobe wurde am 3. Juni im Rahmen des „MultiKids – Festival 2000“ im *Theater Künstlerhaus* von der kroatischen Gruppe *Mala Scena* aufgeführt. Des Weiteren wurden ein Gehörlosen-Theater aus Tschechien, ein Schattentheater aus der Türkei, Tanztheater aus der Schweiz und Österreich und vieles mehr angeboten. Jedes Stück verwandelte die Bühne in einen grenzenlosen, phantastischen Raum, in dem die Kinder im Unterschied zur Außenwelt im Mittelpunkt standen.

Zum Ziel hatte die Veranstaltungsreihe, die vom 27. Mai bis 4. Juni stattfand, die Kinder auf Themen wie Solidarität, Interkulturalität, Identität, Schein und Realität, Mann-Frau-Rollenbilder, Integration zu sensibilisieren. Auf diese Weise soll die Theaterreihe den Kindern spielerisch helfen, die verschiedenen Kulturen ihrer MitschülerInnen kennen- und verstehen zu lernen. Die Stücke versuchen, den Kindern auf der Suche nach eigenen Identitäten Hilfe zu leisten und deren Selbstbewußtsein zu stärken,

was – umgeben von den Einflüssen durch TV und Werbung – oft nicht so leichtfällt.

Im Hinblick auf die politische Lage in Österreich kann man sich doch die Frage stellen, ob solche Theaterstücke nur Kinder zum Nachdenken anregen sollten.

Kontakt: Verein MultiKids Wien
Neubaugasse 80/2, 1070 Wien
Tel.: (01) 526 13 85
Fax: (01) 526 13 85
Monika Roidmayr

DAS GANZE HALBE JAHRHUNDERT ODER AUF DEN SPUREN DES BLUES UND DES BLUTES

Peter Henisch: *Schwarzer Peter*

Roman, Residenz Verlag: Salzburg 2000; 544 Seiten, öS 348,-

Peter Henisch ist 1943 in Wien geboren. Sein Vater Walter (dem er in dem Roman *Die kleine Figur meines Vaters* ein berührendes Denkmal setzte) war als AZ-Fotograf in den 50er und 60er Jahren zu einer Legende geworden. Akzeptiert man die psychologische Faustregel, daß der Mensch im Alter von drei Jahren seine Welt zu erkennen beginnt und sich später daran zu erinnern vermag, sind wir im Jahr 1946. Im Dezember dieses Jahres kommt der Held von Henischs neuem Roman auf die Welt. Sein Name: Peter Jarosch. 1943/1946 und Henisch/Jarosch – in diesen Abweichungen läßt sich die Differenz zu einem simpel autobiographischen Roman vermuten, auch wenn Henisch viel Selbsterlebtes, Selbstgefühltes, Selbstgedachtes in den Kopf seines Titelhelden einfließen läßt.

Denn dieser unterscheidet sich von allem Anfang an signifikant von seiner Umgebung: Als Kind einer Wiener Straßenbahnschaffnerin und eines schwarzen Besatzungssoldaten aus den USA trägt er seine mischlingsfarbene Haut durchs Leben. Der Zweite Weltkrieg war damals erst einige Jahre vorbei, das Nazigift noch in den Köpfen. Die selbst noch darbende Bevölkerung hatte für Frauen, die mit den Siegersoldaten sexuelle Beziehungen unterhielten (teils, weil ihre Ehegatten gefallen oder vermißt waren, teils aus reiner Liebe, teils, um so Lebensmittel und Konsumgüter zu ergattern), meist recht unfreundliche Bezeichnungen zur Hand.

Henisch aber ist der plakativen Gefahr ausgewichen, seinen Titelhelden permanent Spießbruten laufen zu lassen. Er gestattet ihm eine (fast) normale Kindheit – und die ist in den meisten Fällen katastrophal genug. Der „Schwarze Peter“ (auf dem Einband ist diese Karte aus einem kindlichen Kartenspiel zu sehen, die als einzige aus dem Paket keine Doublette hat) wächst bei seiner für damalige Verhältnisse erstaunlich emanzipierten Mutter in der Nähe des Donaukanals auf, ohne seinen Vater je gesehen zu haben – der ist in die USA zurückgekehrt, ohne eine Adresse zu hinterlassen. Jahrzehnte später wird sich der zum Musiker gewordene Peter Jarosch nach New Orleans begeben, um seinen Vater zu suchen – auf den Spuren des Blues und des Blutes.

Vom Donaukanal zum Mississippi. Und da sitzt er nun, Stunden vor seinem Auftritt, auf der Bühne in einer Pianobar, startt ins Dunkel des Zuschauerraums, hofft auf einen Menschen, der sich bereits in diese Finsternis verirrt hat – und beginnt diesem, für alle Fälle, seine Lebensgeschichte zu erzählen.

Es ist eine exemplarische Vita. Henisch erzählt die karge Nachkriegszeit, in der seine Titelfigur heranwächst, anhand der historischen Eckdaten der Zweiten Republik: 1955, als nach dem Staatsvertrag alle Besatzungstruppen aus Österreich abzogen und viele Kriegsgefangene heimkehrten (darunter der mit Jaroschs Mutter per Ferntrauung vermählte kurzzeitige „Ersatzvater“, der nach den Jahren in Sibirien keinen Sinn im Le-



ben mehr findet und Selbstmord begeht); 1968, als sich auch in Österreich das vergleichsweise verkümmerte Pflänzchen der Sehnsucht nach Veränderung regt; die von Optimismus und Wachstum geprägte Kreisky-Ära der siebziger Jahre.

Manchmal scheint dieser Peter Jarosch einen Zipfel des Glücks zu erhaschen. Nach 1958, als Brasilien mit der „schwarzen Perle“, dem damals 17jährigen Pele, die Fußball-WM gewann, wurden auch in Österreich farbige Kicker populär. Und so schmückt sich auch der Wiener Unterligaverein FC Südost mit dem jungen „schwarzen Peter“. Aber eine böse Verletzung verhindert eine durchaus mögliche Sportkarriere.

Auch der aufkommende Ö3-Pop der siebziger Jahre hat Bedarf an nichtweißen Musikern und Sängern, um Internationalität zu simulieren, allerdings darf man da nicht Jarosch heißen – der sinnige Name White ist da verkaufsträchtiger. Aber Jarosch hat da schon Blues gerochen und verweigert nach einigen LPs die geforderte Schulzentralerei. Privat scheint er einen Anker der Sicherheit gefunden zu haben, als er nach diversen Pubertätlichkeiten die Tochter eines kommunistischen Zahnarztes kennenlernt, der mit zusammengebissenen Zähnen seine Lebenspraxis an die von der Partei geforderte Theorie der Völkerfreundschaft an-

passen will. Aber die Ehedylle scheidet nach vielen Jahren durch die Intrigen eines Jugendfreundes.

Auch die Vatersuche in New Orleans ist nicht von Erfolg gekrönt. Jarosch findet zwar eine faszinierende, pulsierende Stadt, Brotjobs und den beeindruckenden weißen Bürgerrechtskämpfer Joe Logsdon (den Henisch bei seinen Recherchen in der Delta-Stadt getroffen und dem er das Buch gewidmet hat) – allein der gesuchte Vater taucht nicht auf.

Das Schlußkapitel fällt aus dem Erzählrahmen des Piano-Parlandos. Peter Jarosch, der auch in New Orleans nicht Wurzeln schlagen konnte, kehrt 1998 kurz nach Österreich zurück, um seine Familie zu besuchen, die er vor 20 Jahren verlassen hat. Weil er in der Wiener Fußgängerzone Gitarre spielt und sich nicht ausweisen kann (Schwarzer = Drogendealer), wird er ins Gefangenenhaus eingeliefert (Henisch hat dort vor der Causa Omofuma recherchiert) und als verdächtiges Subjekt behandelt – fair entlang der beengenden Vorschriften, die aus Subjekten Objekte machen, aber doch auf Distanz gehalten als Störer der Ordnung.

Überrumpelt von der Heimkehr des „Ersatzvaters“ und ihn durch dessen Selbstmord wieder verloren; lange Jahre auf der Suche nach dem „richtigen“ Vater, ohne ihn zu finden; scheiternde Einwurzelungsversuche in Österreich und in New Orleans (es geschieht in dieser Stadt, daß ihm ein Taxifahrer ins Gesicht schaut und meint, es habe „eine Hitze wie in Kinshasa“); versandete Berufskarrieren, zerbrochene Beziehungen – *Schwarzer Peter* ist ein „schwarzer“ Heimatroman, in dem die Idylle des menschlichen Angekommenseins trügerisch durchschimmert und doch als unerfüllte Sehnsucht verpufft.

Henisch hat in diesem Roman auch die wichtigsten Ereignisse der letzten fünfzig Jahre einfließen lassen – sein Außen(haut)seiter auf der Suche nach der schemenhaften Figur seines Vaters lebt und kämpft sich sozusagen durchs ganze halbe Jahrhundert, und so ist dieser farnose Entwicklungsroman teilweise auch „Geschichtsschreibung von unten“, bei der nicht Daten und Akten, sondern die Gefühle der Betroffenen zählen (nur die Zwentendorfer AKW-Abstimmung fehlt in diesem Buch – aber zu dieser Zeit, 1978, befindet sich der Titelheld schon in Amerika). Henisch ist mit diesem Roman eines der wichtigsten Bücher der heimischen Literatur in den letzten Jahren gelungen – eine Geschichte des Andersseins in Schnitzland.

Erich Demmer

VERBINDUNGEN ZUR POLITISCHEN SPHÄRE

Silvia Stoller / Elisabeth Nemeth / Gerhard Unterthurner (Hg.): Philosophie in Aktion. Demokratie – Rassismus – Österreich

Turia + Kant: Wien 2000; 160 Seiten, öS 100,-

Vom 23. bis 29. März riefen Studierende der Universität Wien zum Streik auf. Die Streik- und Protestwoche erschöpfte sich aber nicht im bloßen „Vorlesungsschwänzen“; öffentliche Vorträge und Thematisierung politischer Entwicklungen in den Seminaren verliehen dem Protest – besonders an einigen Instituten – einen akademisch-immanenten politischen Charakter. So und vor allem auch am Institut für Philosophie. Die Streikwoche wurde dort insbesondere auf Initiative der Externen Lehrenden in eine Woche der politischen Reflexion umgewandelt: Im Rahmen dieser Aktionswoche fanden en suite Statements, Vorträge und Diskussionen statt, die sich den Themen Demokratie, Rassismus, Sexismus und Universitätspolitik widmeten. Einige dieser Beiträge liegen nun, bereichert durch zusätzliche Texte, in Form eines anspruchsvoll edierten und gestalteten Bands vor.

„Wenn die Philosophie hier besonders in Aktion tritt, dann tut sie dies aus der Notwendigkeit der kritischen Wahrnehmung der Gesellschaft und ihrer gegenwärtigen Politik heraus“, schreiben die HerausgeberInnen in ihrem Vorwort. Die Sensibilität für aktuell politische und soziale Entwicklungen, die in „rein philosophischen“ Veröffentlichungen entweder eine rühmliche Ausnahme darstellt oder durch das Gewicht terminologischer und technischer Überfrachtung plattgewälzt wird, fällt in *Philosophie in Aktion* schon

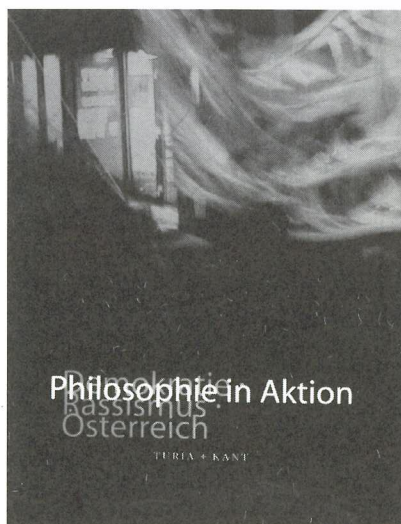
auf den ersten Blick auf. Keine Jahrbuchbeiträge, keine Kritik kritischer Kritiken, kein Kommentar zu kommentierten Exegesen; was hier vorliegt, ist ein Buch, das aus philosophischer Warte Verbindungen zur politischen Sphäre herstellen möchte.

Die Beiträge von Oliver Marchart und Hakan Gürses reflektieren über diese Verbindungen selbst: Unter welchen Umständen und nach welchen Umkehrungen können philosophische Diskurse zu den politischen finden? Robert Pfaller setzt sich mit dem Phänomen der „opferbereiten Massen“ und ihrer Beziehung zum Rassismus auseinander. Sebastian Reinfeldts Beitrag schlägt die Suche nach einer neuen Form des Philosophierens und der Politik vor. Wolfgang Pircher befaßt sich mit dem Begriff des Tyrannen; Isolde Charim mit den Termini der Legalität und Legitimität; Günter Hefler mit der Demokratietheorie Hans Kelsens; Ingvild Birkhan mit der Situation feministischer Bildungsinitiativen. Der Begriff und die Ausformungen des Rassismus werden in den Beiträgen von Hans Pühretmayer, Josef Rheimann, Stefan Nowotny und Klaus Hamberger anhand unterschiedlicher Aspekte auf unkonventionelle Weise eingekreist. Der Band enthält außerdem klug eingebaute „Zuckerln“, drei Texte renommierter DenkerInnen zur aktuellen österreichischen Politik: von Pierre Bourdieu, Chantal Mouffe und Slavoj Žižek. Umso „unterhaltsamer“ und politisch relevanter fällt

die Replik Gerald Raunigs auf letzteren aus, zumal sie die österreichische Aktualität besser einfängt als die „amerikanische“ Annäherung von Žižek. Elisabeth Nemeths Text nimmt die Stelle eines Schlußworts ein: Sie schlägt eine wissenschaftliche Programmatik vor, über eigene politische Realität und Kontextualität der Wissenschaften nachzudenken.

Alles in allem eine Publikation, deren „Schnellschuß“-Charakter ausnahmsweise editorisch und politisch vorteilhafte Konsequenzen nach sich zieht. Bleibt nur, dem Verlag für den bewußt niedrig gehaltenen Preis zu danken.

mh



GRÜSSE AUS WIEN



Fotokünstlerin Lisl Ponger zeigt in ihrer Postkartenserie „Grüße aus Wien“ die Hauptstadt der Operette aus einer ungewöhnlichen Perspektive: „Stephansplatz, Schülerstreik“, „Burgtheater, Samstagsdemonstration“ oder „Desider Friedmann Platz, Hora tanzen gegen Schwarz-Blau“ steht auf der Rückseite der Postkarten zu lesen. Bilder aus dem politischen Wien von Februar und März 2000, aufgenommen an den beliebtesten Orten des Fremdenverkehrs, verlegt bei Wieser (E-Mail: office@wieser-verlag.com).

SAPPHO KENNENLERNEN

Käthe Fleckenstein (Hg.): Sappho küßt die Welt. Geschichten von Lesben aus vier Kontinenten

Querverlag: Berlin 1999; 300 Seiten, öS 291,-

Endlich keine Reisebeschreibungen aus der Hand weißer Touristinnen, sondern authentische Lesbentexte aus anderen Kulturen, in deutscher Sprache! Allein das genügt, um dem Querverlag zu seiner Entscheidung zu gratulieren, der Sammlung *Sappho küßt Europa* nun die 300 Seiten starke Anthologie *Sappho küßt die Welt* folgen zu lassen. Daß die Geschichten durchgängig auch noch wirklich gut geschrieben sind: literarisch überzeugende und als solche zu genießende Arbeiten hervorragender Autorinnen, ist das zweite große Plus des Buches.

Kritischen Gedanken, die im Anschluß an die Lektüre auftauchen, gelten in keiner Weise dem Buch als Negativkritik, sondern der Situation, in der sich „Sappho“ in der gegenwärtigen Welt befindet. Die Textauswahl spiegelt nur allzu deutlich die Vormachtstellung des Literaturmarkts des angloamerikanischen Sprachraums – USA, Kanada, Australien und Neuseeland –, was Ver-

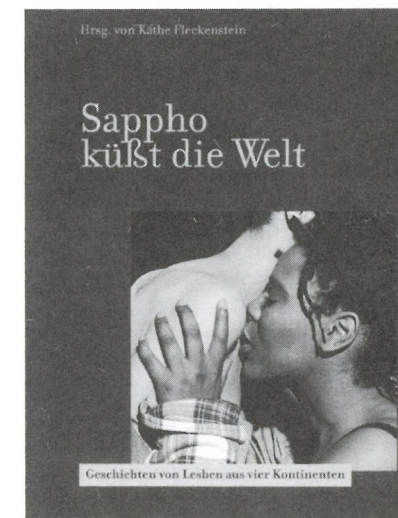
öffentlichungs- und Verbreitungs-Chancen für Lesbenliteratur anbelangt. Das Wissen im Hinterkopf, daß hier ja nur jene Texte vorliegen, die bereits auf englisch in einem dieser Länder publiziert worden sind, erzeugt eine Vorstellung von der unermesslichen Fülle an wertvollen literarischen Selbstzeugnissen lesbischer Frauen, die der Welt entgegen, weil sie außerhalb bestimmter Filter der dominanten Kulturen bleiben. Texte aus dem frankophonen und dem spanisch-portugiesischen Einflußbereich der Kolonialgeschichte fehlen praktisch ganz. Das bedeutet, daß die reichhaltigen lesbischen Stimmen Lateinamerikas drastisch ausgedünnt zum Tragen kommen, und die vereinzelt gewiß existierenden Selbstzeugnisse aus arabischen Ländern fehlen ganz.

Die in der Auswahl vertretenen drei sehr unterschiedlichen Erzählungen von lesbischen Philippinas lassen ahnen, wie schön es wäre, die kulturelle Vielfalt lesbischen Lebens innerhalb einzelner Län-

der oder Kontinente in jeweils eigenen Sammelbänden kennenlernen zu können.

Das Buch macht große Sehnsucht nach viel mehr von seiner Sorte.

Helga Pankratz



RASSISMUS OHNE RASSE

Brigitte Kossek (Hg.): Gegen-Rassismen.

Konstruktionen – Interaktionen – Interventionen

Argument Verlag: Hamburg / Berlin 1999

(Argument Sonderband Neue Folge 265); 316 Seiten, öS 315,-

In ganz Europa ist der biologistische Rassismus mittlerweile relativ „out“. Der Begriff „Rasse“, sozial tabuisiert und historisch kontaminiert, wird selbst von notorischen Rassisten kaum noch in den Mund genommen. Der Rassismus neuerer Prägung ist ein „Rassismus ohne Rassen“, der von „Kulturen“ spricht und psychologisiert auf die „Unschuld“ der Täter rekurriert, die ihren

„natürlichen Ängsten“ vor dem „Fremden“ ausgeliefert seien. Die merkliche Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen der Bevölkerung in sämtlichen EU-Ländern führte dazu, daß 1997 zum Europäischen Jahr gegen Rassismus erklärt wurde. Die Vorträge anläßlich eines in diesem Zusammenhang in Wien abgehaltenen Kongresses sind nun in *Gegen-Rassismen* nachzulesen.

Einleitend durch die Herausgeberin hervorragend zusammengefaßt, liefern die einzelnen Beiträge aus unterschiedlichsten wissenschaftlichen Fachbereichen vielschichtige und differenzierte Informationen, Argumente und Denkanstöße. Viele der besonders spannenden Beiträge stammen von Frauen: etwa Ruth Wodaks aufschlußreiche Diskursanalyse des „amtshandelnden Rassismus“ anhand behördlicher Ablehnungen von Anträgen auf Familienzusammenführung oder die grundlegende Analyse von Dilek Çınar, die am aktuellen europäischen „Neo-Rassismus“ sowohl altbekannte als auch neue Diskurs-Elemente konstatiert.

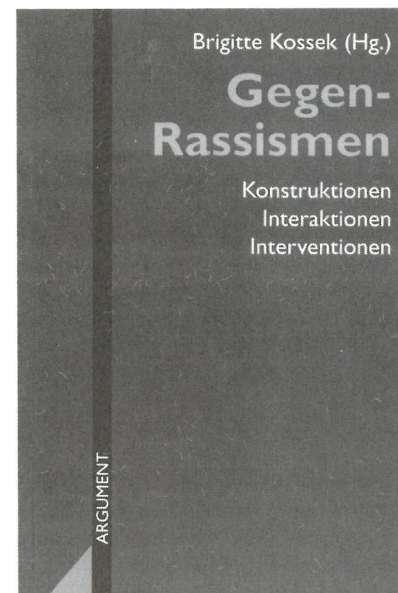
Aus feministischer Warte besonders spannenden Fragen widmen sich Sedef Gümen und Suzanna Danuta Walters. Erstere beleuchtet den feministischen Ethnozentrismus in der deutschen Frauenforschung kritisch, zwei-

tere die Chancen und Stolpersteine der Queer-Theory als ein antirassistisches Werkzeug: Die Dekonstruktion polarer Geschlechtsdefinitionen durch Lesben, Schwule und Transgender bringt einer großen umfassenden antirassistischen Bewegung sehr viel. Aber nicht alles.

Rainer Bauböcks Vergleich unterschiedlicher Ansätze im schulischen Umgang mit Religionsbekenntnissen zeichnet sich durch große Umsicht und Behutsamkeit aus. Als ganz besonderes Gustostückerl erschien mir die Kritik des Multikulturalismus von Slavoj Žižek: Sie ist nicht nur politisch klarsichtig, sondern auch sprachlich so geschliffen formuliert, daß es ein großer Genuß ist, sie zu lesen.

Das ganze Buch beweist in seiner sprachlichen Zugänglichkeit, daß Wissenschaft nicht elitär sein muß. Dies ist den AutorInnen bzw. der Herausgeberin und dem Lektorat um so höher anzurechnen, als sie damit möglichst vielen Menschen eine Hilfestellung geben, die wir alle gut gebrauchen können, um dem „natürlichen Nepotismus“ der „ethnischen Solidargemeinschaft“ Widerstand zu leisten, der in einer VP-Familienideologie ebenso zum Ausdruck kommt wie in den windschlußfrigen Polarisierungen der FP-Rhetorik.

Helga Pankratz



LEIDEN AN DER GEWALT DES BOULEVARDS

Obiora C-Ik Ofoedu: Morgengrauen

Mandelbaum: Wien 2000; 264 Seiten, öS 289,-

Drei Monate war Obiora C-Ik Ofoedu in Untersuchungshaft. Der Schriftsteller wurde im Zuge der „Operation Spring“ im Mai 1999 verhaftet und beschuldigt, der Kopf einer in ganz Europa agierenden „Drogenbande“ zu sein. In seinem neuesten Buch *Morgengrauen* erzählt Ofoedu von seiner Festnahme und seinem Aufenthalt im Gefängnis.

Das Morgengrauen steht bei Ofoedu nicht mehr für die Hoffnung, sondern für den Anfang seines Leidensweges. Es ist jener Zeitpunkt, an dem der Schriftsteller plötzlich verhaftet wurde und der ihn immer verändern sollte. Für drei Monate wird Ofoedu seiner Freiheit beraubt. Aus einem Künstler und Menschenrechtsaktivisten machen Justizsystem und Medien einen Drogendealer.

Dem tragischen Inhalt, dem autobiographischen Bericht der Verhaftung eines Unschuldigen, steht die ansprechende, ruhige Sprache gegenüber: Die Sätze Ofoedus sind prägnant, und sein ganzer Bericht wird von einer unerwarteten Leichtigkeit durchzogen. Das scheinbare Mißverhältnis von Inhalt und Form erfüllt einen bei Zeiten sogar mit Unbehagen. Darf sich eine tragische Geschichte so angenehm lesen?

Wenn Obiora C-Ik Ofoedu über seinen Gefängnisalltag schreibt, klagt er primär über seine Leiden an der Ungerechtigkeit, die ihm angetan wurde. Und er klagt über seine Vorverurteilung in den Medien. Die politisch motivierte Gewalt, der Ofoedu ausgesetzt war, hat zwei Komponenten: Auf der einen Seite steht die physische Verhaftung, auf der anderen die Berichterstattung des Boulevards. Es ist

die körperliche Internierung, die Ofoedu zumindest gleichmütig beschreibt. Alle körperlichen Entbehrungen werden Teil der Handlung, sie haben eine sichtbare Person, von der sie ausgehen. Ofoedus Sprache zwingt auch die LeserInnen, den Gefängnisalltag zu ertragen.

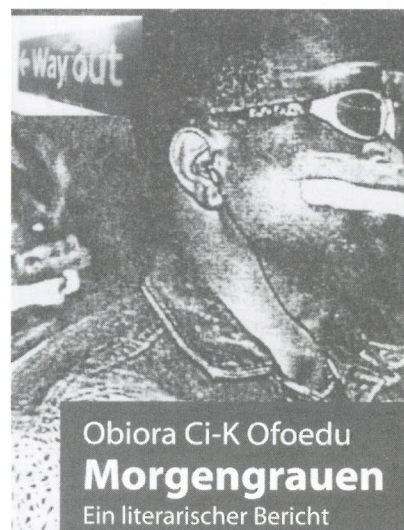
Die Gewalt, die dem Autor durch die Medien angetan wird, ist dagegen nicht greifbar. Sie entsteht aus ihrer eigenen Logik. Ihr Ursprung entzieht sich der Wahrnehmung des Autors und ebenso der Handlung. Die Verurteilung Ofoedus in den Medien scheint keinen Anfang zu haben – fängt sie mit seiner Verhaftung an, oder beginnt sie nicht vielmehr früher im Generalverdacht, daß alle Afrikaner Drogendealer seien? Auch kennt diese unsichtbare Gewalt keine Entlassung in die Freiheit. Der Autor kann jederzeit wieder mit dem Verdacht konfrontiert werden. Echte Freiheit würde bedeuten, daß aus dem Autor Obiora C-Ik Ofoedu nie mehr wieder der Drogendealer Charles O. wird. So kann der Schluß des Buches nicht optimistisch sein. Obwohl Ofoedu aus der Haft entlassen wurde, bleiben seine Ankläger doch erfolgreich – der Generalverdacht gegen Afrikaner bleibt bestehen und droht immer wieder, zum Politikum zu werden. Die letzten Seiten des Buches sind schließlich eine Dokumentation von Presstexten über seine Festnahme.

Kafka beschreibt in *Prozeß* seinen Protagonisten Josef K. als Opfer einer unsichtbaren, allmächtigen Bürokratie. Am Ende steht sein Tod abseits jeder Öffentlichkeit. Die Macht der Bürokratie besteht gerade in ihrer offensichtlichen Undurchsichtigkeit. Ofoedu dagegen ist gerade

ein Opfer dieser Öffentlichkeit. Er wird für alle sichtbar verurteilt; unsichtbar bleiben nur die Ideologie und der politische Hintergrund der Beschuldigung.

Es ist ein mediales System, das Ofoedu seinen vollen Namen nimmt und ihn nur noch als O. zurückläßt. Noch Monate nach seiner Freilassung hat Ofoedu Reden mit dem Hinweis begonnen, daß er Charles O. sei, der in den Zeitungen als „Drogenboß“ hingestellt wurde. Sein literarischer Bericht ist der Beweis dafür, daß Ofoedu sich nun seinen Namen wieder zurücknimmt. Die Erzählung seiner Verhaftung gibt ihm die Herrschaft über seine virtuelle Person zurück. Obiora C-Ik Ofoedu ist wieder der Schriftsteller, der über sein Schicksal mit seiner eigenen Stimme berichten kann.

Ari Joskowicz

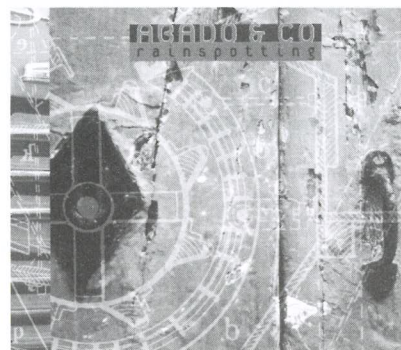


MELANGE MIT AROMA

Abado & Co: Rainspotting

CD - EX 430-2

Die als „Gitarre des Orients“ bezeichnete Knickhalslaute mit dem Namen Oud ist seit mindestens einem Jahrzehnt zum fixen Bestandteil des Ethno-Jazz geworden. Besonders beliebt ist sie im Unisono-Zusammenspiel mit Kontrabaß



und Sopransaxophon sowie in perkussiv-melodischen Solo-Passagen, jedoch wird die gesamte Palette ihrer Möglichkeiten als bundloses Saiteninstrument selten ausgeschöpft – wohl um die „westlichen“ Ohren nicht über Gebühr zu beanspruchen. Eine der wenigen gelungenen Ausnahmen stellt das Oud-Spiel des in Wien ansässigen Musikers Marwan Abado dar. Ausgehend von klassischen Formen arabischer Musik arbeitet Abado seit einigen Jahren als Komponist, Oud-Interpret und Sänger an einem hybriden Sound, in dem nicht nur die „Gitarre des Orients“ voll zum Einsatz kommt. Gemeinsam mit seinen technisch präzisen und improvisierfreudigen Musikerkollegen Christian Breuer (Cello), Helmut Neundlinger (Sax & Kla-

rinette), Klaus Neundlinger (Gitarre & Baß) und Levent Tarhan (Percussion) gelingt ihm auf der nun vorliegenden zweiten *Abado & Co.*-CD mit dem Titel „Rainspotting“ die Zubereitung einer feinen Melange mit südlichem Aroma.

Die Stücke auf „Rainspotting“ sind ideenreich komponiert, anspruchsvoll und bar jeden Eklektizismus arrangiert und exzellent eingespielt. Besonders erfreulich ist die hörbare Tatsache, daß Marwan Abado auf diesem Tonträger mehr von seinen vokalen Fähigkeiten Gebrauch macht. Äußerst spannend hören sich die Percussion-Soli an, die Levent Tarhan gemeinsam mit dem Special guest Peter Rosmanith bestreitet. Der Rezensentin Favorit: das Aufmacherstück „Mawal“.

mh

IM JUNI 2000

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn man die Ideen der Regierung aufgreift und im Alltag zu leben versucht. Da ist man gleich von einer linkslinken gewaltbereiten Gruppe umzingelt, die beim geringsten Anlaß ihre Schießbeisen zückt und drauflosballert.

Da hat der Justizminister, der ja gar manches verfolgenswert findet, einmal die antikapitalistische Sehnsucht der Masse gestillt und als Konsumentenschützer formuliert: „Ich bin der natürliche Feind der Banken!“ Wenn dann ein steirischer Unternehmer etwas unternimmt, um dem Justizminister zu helfen, nämlich einen Ba-Ba-Banküberfall, und sich mit nebbichen 50 Flocken auf ein ausgeliehenes Moped setzt, um seinen Chrysler Voyager aus der Tiefgarage abholen zu können, ist gleich die Hölle los. Weil er beruflich Tauchexpeditionen organisierte, hat er geglaubt, leicht untertauchen zu können.

Aber die Linzer Polizei-Rambos, anstatt radelnde Linzerinnen in Handschellen abzuführen oder ordentlich Jagd auf Ausländer zu machen, haben ihn zusammen mit dem Bankdirektor, der schuldhaft das ihm anvertraute Institut verlassen hatte, verfolgt und, als er mit seiner Spielzeugpistole ein bißchen herumfuchtelte, eine regelrechte Moorhuhnballerei veranstaltet.

Und jetzt kommt der wirkliche Skandal: Das arme Opfer war der Ehemann unserer Landesrätin in der Steiermark, die termingerecht zur Landtagswahl der Heimat ein Baby schenken wollte – als Vorbild für unser genetisch auf dem Rückzug befindliches Volk. Und der treu sorgende Vater wollte halt nicht, daß

das Geld der Banken auf dem Balkan verschwindet, sondern einem echten Österreicher zugute kommt: dem neuen Erdenbürger. Wenn der Kindercheck vom Chef schon Tatsache wär, hätte es das Ganze gar nicht gegeben. Also sind eigentlich die Systemparteien schuld.

Apropos Chef. Der ist ja jetzt wirklich als Bundesparteiohmann zurückgetreten, wenn auch hoffentlich nicht für immer. Ich halte diesen Schritt für eine Katastrophe. Immer wenn ich jetzt im Wirtshaus zu Erklärungszwecken erläutere: „Der Haider Jörgl ist auf Kur, und seinen Job macht jetzt die ...“ schallen mir mitten im Satz schon unerfreuliche Fortsetzungen entgegen.

Dabei hat er es denen in Wien wieder gezeigt, wie man mit der Goaß ackert: Fährt einfach insgeheim zum Wüstenvater Muammar hinunter ins Zelt, lobt den Filius über den grünen Klee, und schon fährt ein Öltanker über die Karawanken, daß es nur so knirscht. Und an zwei Tankstellen in Kärnten ist der Sprit plötzlich um 30 Groschen billiger. Ich bin da auch gleich hin tanken gefahren. Jetzt brauchte er nur noch einen Staatenlenker besuchen, bei dem es Reisepässe und Autobahnvignetten billiger gibt, und es geht wieder aufwärts mit der Bewegung, allen Unkenrufen zum Trotz.

Zuletzt hat er ja den Bundeskanzler nach Kärnten einbestellt und sich mit diesem im neuen Schlitten ablichten lassen. Er natürlich am Steuer, mit der linken Hand die Richtungweisend. Der Kanzler hat gleich gewußt, was sich gehört, und das gleiche Hemd angezogen wie der Chef. Aber auch wenn der

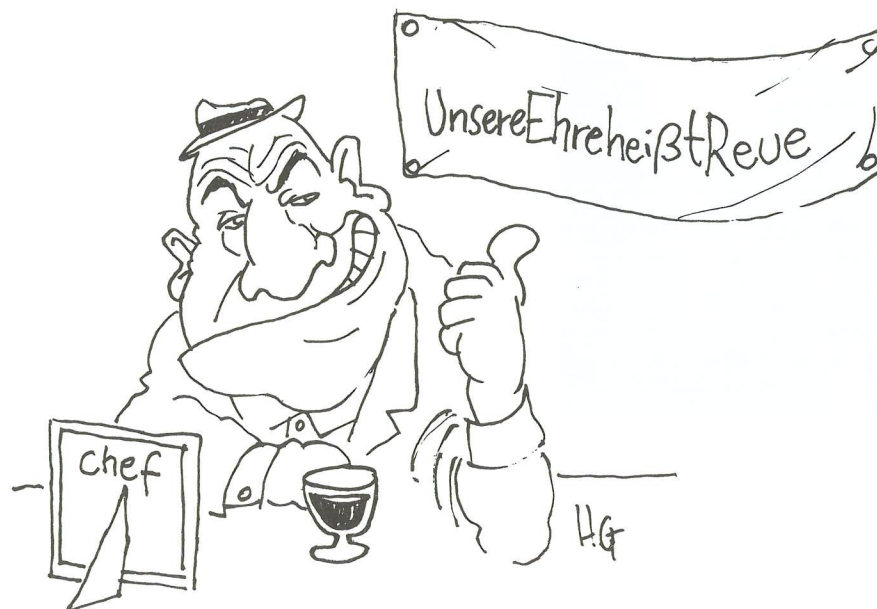
Kanzler im Partnerlook zur rechten Hand des Chefs sitzt, bleibt der Abstand gewahrt. Denn nicht umsonst hat der Chef vor kurzem eine spirituelle Wahrheit verkündet: „Nicht jeder kann zur Symbolfigur werden. Ich bin auserkoren.“ Mir ist das ja schon lange aufgefallen, daß seine christushaften Züge immer deutlicher werden.

Das stört natürlich die roten EU-Teufel in Brüssel. Die haben sich erfrecht, ausgerechnet dressierte Tauben nach Klagenfurt zu schicken mit dem Auftrag, das dortige Regierungsgebäude niederzuschießen, wie man dem „Kurier“ vom Anfang Mai entnehmen konnte. Das muß dem Chef so lange im Kopf herumgegangen sein, daß er sagte, beim Gespräch der Bundesregierung mit EU-Vertretern in portugiesischen Feira handle es sich um einen „Dialog zwischen Tauben“. Bundeskanzler und Außenministerin derrisch? – ein neuer Gedanke, der wohl stimmen wird.

Was anderes: Typisch war wieder die künstliche Erregung über einen harmlosen Sager beim Landestag der niederösterreichischen Freunde. Da soll angeblich der neue Vorsitzende Windholz formuliert haben: „Unsere Ehre heißt Treue!“ Erstens hat er es nicht gesagt, zweitens hat er es nicht so gesagt, sondern so: „Unsere Ehre heißt Reue“, wir schreiben die Wörter ja neuerdings zusammen, das spart Platz und verdeutlicht unsere Emotionen, aber diese Vorgangsweise führt halt manchmal zu Mißverständnissen. Und drittens kennt der Windholz den Spruch höchstens von einem Transparent engagierter Fans auf dem Fußballplatz. Woher sollen denn ausgerechnet wir die Herkunft des Spruches kennen. So etwas fällt unsereinem spontan ein! Und überhaupt, was war das denn, diese SS?

Jedenfalls war der Justizminister anschließend auf der Wacht und hat eigenhändig alle Zeitungsredaktionen angerufen, als der ominöse Satz bei einer Mistcontainer-Aktion wieder auftauchte. Keiner soll sagen, daß wir nichts dazulernen: Bei Wiederholungstätern gehört sofort ein Verfahren eingeleitet.

Zwar kriselt es im Moment ein wenig bei den Meinungsumfragen, aber das wird spätestens behoben, wenn es zur Volksbefragung kommt. Eigentlich geht es uns derzeit wirklich gut. Stören tut mich dabei eigentlich nur eines: Die Sozialministerin Sickl hat in ihrer kurzen Amtszeit schon fast alle Mitglieder und Sympathisanten unserer Bewegung in ihrem Kabinett kurzzeitig beschäftigt. Aber nach mir ist der Ruf leider noch nicht erschollen. Einmal habe ich mich in einer schlaflosen Nacht bei dem Gedanken ertappt: Mach' ich vielleicht etwas falsch?



Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck

P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben Nr.: 7/2000

Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt

Zul.-Nr.: 14796191U

Rücksendeadresse:

Initiative Minderheiten
Gumpendorferstraße 15/13
A-1060 Wien

KUNST
bundeskanzleramt



WIENER INTEGRATIONSFONDS

KUNST
T I R O L
R O L L
KULTUR

STADTPLANUNG WIEN

(3245)
Prof. Stojan Dzudzev
Boul Ruski 33
BG Sofia



Bureau de poste
A-9020 Klagenfurt
(Autriche)
Taxe perçue – Envoi à taxe réduite